

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Fritz Wiedemann, Magdeburg, Weidenweg 127. — Druck: Druckerei von Franz Wiedemann, Magdeburg, Weidenweg 127. — Abonnementspreis: Vierteljährlich 2 Mk., monatlich 80 Pf. Der Anzeigerband in Deutschland monatlich 1 Groschen, 1 1/2 Pf. In der Provinz und den Postbezirken vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2 50 Pf. Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 Pf. Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile pro Tag. — Postzeitungsliste Nr. 7779

Nr. 18.

Magdeburg, Sonnabend, den 21. Januar 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Wie steht es mit den Arbeiter-Kontrollleuten in den Bergwerken?

Aus Bergarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Die alte Forderung der Bergarbeiter, zur Grubenkontrolle Arbeiter zu verwenden, hat bekanntlich die Regierung im vorigen Jahre veranlaßt, eine Studienkommission nach England, Frankreich und Belgien zu entsenden, wo Arbeiterkontrollleute bereits in den Bergwerken eine segensreiche Tätigkeit entfalten.

Herr Briesfeld stand offenbar unter dem Eindruck der furchtbaren Grubenkatastrophe der letzten Zeit, die zahlreiche Menschenleben gekostet haben. Die Unternehmerpresse aber erhob ihren alten Ruf, daß Karibago in Gefahr sei, wenn die Arbeiter in das Recht des Grubenherrn eingriffen.

Der durch die Tagespresse bekannt gewordene preussische Etat sieht nun in dem Abschnitt, der die Einnahmen und Ausgaben der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung behandelt, die Schaffung von fünfzig neuen Stellen von Revieraufsichtsbeamten vor. Diese Aufsichtsbeamten sollen so verteilt werden, daß 31 für den Dortmund, 11 für den schlesischen und 5 für den Pommer Oberbergamtsbezirk angestellt werden. Die neu geschaffenen Beamten sollen den oberen Werkbeamten erster und zweiter Klasse gleichgestellt und den Revierbeamten in den Steinkohlenbezirken beigegeben werden. Ihre Aufgabe soll es sein, insbesondere den Sicherheitszustand der Gruben fortgesetzt zu prüfen und zugleich die Revierbeamten in ihrem Amte zu unterstützen und zu entlasten. Das ist alles, was der Etat über die neuen Grubenkontrollleute verrät. Erst die Verhandlungen über den Vergeetat werden näheres ergeben.

Eine Hauptfrage ist, ob den Bergarbeitern irgend welche Mitwirkung bei der Wahl dieser Revieraufsichtsbeamten eingeräumt wird und ob diese überhaupt aus den Reihen der Arbeiterklasse hervorgehen sollen. Das Natürlichste und Verständigste wäre es allerdings, Grade die Bergarbeiter wissen am besten in den Schächten Bescheid, in denen sie täglich ihr Leben aufs Spiel setzen müssen. Und das Vertrauen der Kameraden, die sie durch eigene Wahl auf den Posten berufen, giebt auch die Gewähr, daß sie sofort von allen auffälligen und bedenklichen Erscheinungen unterrichtet werden.

Die organisierten Bergarbeiter haben zudem auf ihrem Kongress, der sich mit dieser Frage beschäftigte, für die Wahl eine Reihe von Bedingungen aufgestellt, die wirklich Garantie dafür bieten, daß nur geeignete Personen gewählt werden.

So wie der Geist der Sozialreform in der Vera Posaadowsky beschaffen ist, glauben wir aber nicht, daß den Wünschen der Arbeiter nach dieser Richtung Rechnung getragen werden wird. Die Briesfeldsche Reform wird voraussichtlich ein durchaus absolutistisches Gepräge tragen. Die Revieraufsichtsbeamten werden von oben herab ernannt werden. Damit würde die neue Einrichtung natürlich viel von ihrer Wirksamkeit und ihrem Werte für die Bergarbeiter einbüßen. Vielleicht irren wir uns in unserer Vermutung, aber wir glauben es nicht. Das Nähere werden erst die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus über diesen Punkt ergeben. — X. Z.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Wegen Majestätsbeleidigung ist vom Landgericht Bwidan der 45-jährige, vorbestrafte Handarbeiter Eduard Künzel zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Konfisziert wurde in verschiedenen öffentlichen Lokalen in Greiz die letzte Nummer des Kladderadatsch, auf Grund eines Artikels, welcher Angriffe auf den Fürsten enthielt.

Die preussische Staatsschuld ist in dem Etat für 1899 auf 6 505 650 595 Mark angewachsen. Da für 1899 ein neuer Zinsbedarf von 3 1/2 Millionen ausgeworfen ist, zur Verzinsung der bis zum Schlusse des Etatsjahres 1899 noch ausstehenden Staatsschuldverordnungen, so läßt sich annehmen, daß demnächst noch für mehr als 100 Millionen neue Anleihen aufgenommen werden sollen. Und dies trotz der „günstigen“ Finanz- und Wirtschaftslage.

Kürzlich wurde mitgeteilt, das Fürstentum Ruß a. L. sei das einzige Land in Deutschland, das keine Staatsschulden besitze. Die Magdeburgerische Zeitung teilt mit, daß auch das Herzogtum Altenburg in der glücklichen Lage ist, keine Staatsschulden zu haben. Glückliche Staaten.

Aus Lübeck wird der freisinnigen Zeitung berichtet: „Bei der Vorstandswahl der dortigen Schuhmachervereinigung, welche nach der Umwandlung eine Zwangsvereinigung an

diesem Donnerstag stattfand, sind größtenteils Sozialisten gewählt worden: bisher hatten Konfervative und Mittelrechten die Führung der Zunft. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, wie sehr die neuen Zwangsvereinigungen geeignet sind, die Sozialisten zur Herrschaft zu bringen.“ Entsetzlich! wie gesagt: entsetzlich! —

9 Uhr Ladenschluß. Aus Holzwinden wird berichtet: Eine von Handelskammermitgliedern einberufene Versammlung hiesiger Ladeninhaber einigte sich dahin, vom 1. Februar d. J. ab die Läden um 9 Uhr abends zu schließen.

Die Regierungs- und Hoffähigkeit des Freisinnigen ist erwiesen! Die Reichsfeinde von ehemals lassen sich in den Triumphwagen — Köllers einschleichen. Und unter den gelegentlichen Fackeltänzern, die des sich wig-holsteiner Oberpräsidenten Haupt im feurigen Glanze erstarrten lassen, schlängeln sich am beheldesten die Freisinnigen, um aller Welt zu zeigen, daß sie auch einmal — Leuchten sein können. Aber es sind nicht etwa gleichgültige Parteimassen, die sich an der Desfiterour vor dem Selbstherrlicher aller Schleswig-Holsteiner bereiten — die Wahlmänner selbst der freisinnigen Vereinigung und freisinnigen Wot-partei haben beschlossen, an dem Arrangement des für Schleswig-gerantten Fackelzuges für Köller mitzuwirken. Armer Freisinn!

Die deutsche überseeische Auswanderung über deutsche Häfen, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam stellte sich nach den Ermittlungen des kaiserl. statistischen Amtes für den Monat Dezember und das Jahr 1898 und die gleichen Zeiträume 1897 folgendermaßen:

	Es wurden befördert im			
	1898	1897	1898	1897
Bremen	119	412	8524	9559
Hamburg	294	275	8179	8442
andere deutsche Häfen (Stettin)	—	5	177	449
deutsche Häfen zusammen	743	692	17 173	18 501
Antwerpen	106	119	3061	3769
Rotterdam	11	25	559	584
Amsterdam	—	11	59	66
überhaupt	860	847	20 837	23 220

Aus deutschen Häfen wurden im Jahre 1898 neben den vorgenannten 17 173 deutschen Auswanderern noch 53 805 Angehörige fremder Staaten befördert. Davon gingen über Bremen 51 660, Hamburg 31 712, Stettin 433.

Nachrichten aus dem Auslande.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus kam es am Freitag zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten. Vor Schluß der Sitzung verlangten die Sozialdemokraten, daß auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung als erster Gegenstand die Aufhebung des Zeitungstempels gestellt werde. Abg. Kaiser erklärte, für die Deutschen sei die Aufhebung der Sprachverordnungen wichtiger. Das deutsche Volk, dem der Fürst des Reiches entstamme, werde täglich gemachtet und niedergedrückt. Schließlich wurden beide Anträge abgelehnt.

Der Verein deutscher Studenten Opparia in Wien wurde aufgelöst, wegen Ueberschreitung seines statutarischen Wirkungsbereiches.

Graf Bröl-Plater wurde vom Gericht in Warschau zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er überführt worden war, während einer militärischen Uebung, als sein durch die Schützenlinie fahrender Wagen von zwei russischen Soldaten angehalten werden sollte, die Peitsche gegen die Soldaten gebraucht zu haben.

Die Abrüstungskonferenz findet in Brüssel statt, das ist gestern offiziell festgestellt worden. Der belgische König empfing in seinem Palais den Minister des Auswärtigen, mit welchem er eine längere Konferenz hatte, betreffs der Wahl Brüssels als Versammlungsort der Abrüstungskonferenz.

Siterhazy ist in Paris eingetroffen. Er wird Freitag vor dem Kassationshof vernommen werden.

Englands Sieg im Sudan ist vollständig; das letzte wohlorganisierte Heer des Kalifen hat sich ergeben. Befehligt wurde diese Armee von Ahmed Fedil, ihre Stärke betrug nur noch 2000 Mann.

Aus dem Lande der Friedensbotschaften dringt folgende Kunde: Das russische Marineministerium hat beschlossen, den Bau eines Kreuzers ersten Ranges von 6250 Tons Wasserverdrängung der Schiffsverft des „Wulkan“ in Stettin und den Bau zweier Torpedobote von je 350 Tons Wasserverdrängung der Schiffsverft in Elbing zu übertragen. Die Kosten für den Kreuzer sind auf über vier Millionen Rubel festgesetzt. Die Schiffe müssen

im nächsten Jahre fertig sein. Alle in Petersburg im Bau befindlichen Panzerfahrzeuge sollen in diesem Jahre und 22 Torpedobote im nächsten Jahre fertiggestellt werden. Ferner wurde beschlossen, in diesem Jahre auf den Werften der neuen Admiralität zwei Geschwaderpanzer von ungefähr 12 700 Tons Wasserverdrängung zu bauen, sowie auf der Werft der russischen Lokomotivfabrik ein Panzerschiff von 12 700 Tons, einen Kreuzer von 6000 Tons und einen solchen von 3000 Tons. Ein Hupp, Hupp, Hurrah der — Abrüstung.

Parlamentarische Nachrichten.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

Berlin, den 19. Januar 1899.

Wie alljährlich beim Etat des Reichsamts des Innern wurde auch diesmal wieder das ganze Gebiet der sozialen Reform aufgerollt. Die heutige Sitzung wurde durch eine Rede des Abg. Köstke eingeleitet, die wiederum von der sozialpolitischen Einsicht dieses weisen Mannes unter den Abgeordneten Zeugnis ablegte. Herr Köstke bebauerte, daß die Ausgestaltung des Unfall-Versicherungsgegesetzes noch immer auf sich warten lasse und ging dann auf die bei der Regierung in Vorbereitung befindliche Vorlage zum „Schutze der Arbeiter“ ein. Er gab unumwunden zu, daß der Terrorismus der Unternehmer ein viel stärkerer ist, als derjenige der Arbeiter und bat den Grafen Posaadowsky, dem Kaiser einmal den Bericht über die Verhandlungen vorzutragen, welche in Leipzig auf dem Verbandstage der Unternehmer-Arbeitsnachweise geführt worden sind, und die ein erschreckend reichhaltiges Material für den Unternehmer-Terrorismus enthalten.

Die Rede des Herrn Köstke fand nur auf der äußersten Linken Zustimmung und entzündete in den Reihen derer von Stumm gewaltige Entrüstung.

Von unserer Seite nahm Genosse Wurm das Wort, um den Stillstand der Sozialreform, die großen Mißstände auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und die nur den Unternehmern zu Gute kommende Politik der Regierung in aller Nachsicht zu enthüllen. Wie alljährlich boten ihm dazu die von ihm mit großer Sorgfalt studierten Berichte der Gewerbe- und Fabrikinspektoren reichliches Material. Auch Wurm sprach über die von Köstke angelegene Vorlage, führte zahlreiche Beispiele für die Unterdrückungsmäßigeregelungen seitens der Unternehmer an und beleuchtete die gerichtlichen Urteile auf Grund des § 153, welche die kommende Vorlage eigentlich jetzt schon ersetzen.

Nun erwiderte der nationalliberale Abg. Möller. Herr Möller hat der letzten Legislaturperiode des Reichstages nicht angehört. Er ist aber von früher her als ein getreuer Gesinnungsverwandter des Herrn von Stumm bekannt und hat seine Anschauungen nicht geändert. Er hielt eine Rede ganz nach dem Herzen seines reichsparteilichen Kollegen und der Beifall, der bei seinen Ausführungen in den Reihen der Nationalliberalen laut wurde, zeigte, daß die Mehrheit der Partei Treue mehr auf dem Möllerschen als dem Wassermannschen Standpunkte steht. Genosse Wurm hatte auch den Staatssekretär zu einer Erwiderung herausgelockt.

Herr Posaadowsky unterließ es aber, heute schon auf die Vorlage zum „Schutze der Arbeiter“ einzugehen und suchte nur mit einigen nichtslagenden Nebensendungen das langsame Tempo, welches jetzt von der Regierung in sozialpolitischen Fragen eingeschlagen wird, zu rechtfertigen.

Eine Nachlese zur Rede des Genossen Wurm hielt schließlich noch der Parteigenosse Agster. Nachdem dieser seine Jungferrede beendet, wurden die weiteren Beratungen auf morgen vertagt.

Die Verhandlungen im Reichstage.

(Eigener Bericht.)

Hg. Berlin, 19. Januar 1899.

Die zweite Beratung des Etats wird beim Reichsamt des Innern fortgesetzt und zwar beim Titel „Staatssekretär“.

Abg. Köstke (wilslib.)

findet es sehr erregend, daß die Regierung neue Gelegenheiten vorbereite: vor allem sei die angeforderte Novelle zum Alters- und Invaliditätsgesetz wichtig. Leider würde aber die Zahl der positiven Thesen von der der negativen überwiegen. So schwebt z. B. die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz immer noch zwischen Himmel und Erde. Ferner hat der Bundesrat alle die Anträge betreffend die Sicherung der Koalitionsfreiheit und den Ausbau der Berufsvereine abgelehnt. Auch ist das Verbindungsverbot für politische Vereine immer noch nicht aufgehoben. Die Regierung rechtfertigt zwar ihre ablehnende Haltung gegenüber den Berufsvereinen mit Hinweis auf das allgem. Wahlrecht, das den Arbeitern genügend Waffen biete. Aber, wenn man auf der einen Seite den Arbeitern rät, sich um ihre materiellen Interessen zu kümmern und sich in der Parteithätigkeit in die Arme zu werfen, sie aber auf der anderen Seite zur Wahrung ihrer Interessen direkt auf die Politik hinweist. Dagegen ist ein Streikgesetz gegen den Terrorismus der Streikenden angefündigt. Dasselbe ist aber in gewissem Sinne un-

bedeutsam und wird nicht zum wenigsten gerade von uns, den Arbeitgebern, ausgeht. Ich bedauere es nun aber, daß überhaupt ein solches Gesetz gegen diesen Zwang auf Arbeitswillige notwendig ist. Wie setzen die Arbeiter diesen Zwang auszuüben vermögen, geht aus der immer größer werdenden Zahl der verlorenen Streiks hervor, die durch das Einbringen von Arbeitswilligen verloren wurden. Durch solche Maßnahmen erwartet man oben eine gewisse Schutzleistung der Arbeiter, die dann überhaupt nicht so leicht in einen Streik eintrifft, also auch die günstigere wirtschaftliche Konjunktur nicht ausfallen würde.

Teilw. liegt sicherlich eine Vereinfachung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Wer heute noch auf dem Standpunkt der Freiheit der Arbeiter steht, gilt den Unternehmern als Feind. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Das ist wohl nie so deutlich hervorgetreten, als auf jener Leipziger Versammlung der Unternehmern, die die Arbeitsnachweise als ein Mittel betrachtete, um den Arbeitern entgegenzutreten. Der Sekretär des Verbandes Berliner Metallindustrieller, ein früherer Hauptmann, erklärte offen, daß die Arbeitsnachweise das beste Mittel gegen militante Arbeiter anzuwenden sei. Wenn man von Terrorismus sprechen will, so kann man also nur von einem Terrorismus der Unternehmer reden. Wie doch Graf Poldowsky dem Kaiser über diese Anschauungen der Unternehmer Bericht erstatten, dann wird es vielleicht gelingen, die Novelle zum Schutz der Arbeitswilligen noch in letzter Stunde zurückzuführen. (Beifall links.)

Ich gebe zu, daß die Kommission für Arbeiterstatistik sehr segensreich gewirkt hat, aber sie war in vier Jahren nur während 42 Tagen zusammen. Ich erwarte deshalb, daß ein besonderes Reichsgesetz mit der Forderung verbunden sein wird, wenn wir sehen, was in Belgien, Frankreich, England und der Schweiz auf diesem Gebiete geleistet wird, um ein Gefühl der Beschämung zu erzeugen, daß wir nicht schon längst mehr getan haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag ist nicht nur dazu da, die Interessen der oberen Behörde zu fördern. Der Schutz der Schwachen ist seine besondere Pflicht und deshalb muß er und die Regierung für Verbesserung auf sozialem Gebiet sorgen. (Beifall links und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wurm (Sozialdemokrat):

Den Optimismus des Herrn Vorredners teilen wir nicht, wir sind der Überzeugung, daß die Reichsregierung nur die kapitalistischen Interessen wahrnimmt. Wir haben Beweise über Beweise, daß der Terrorismus der Arbeitgeber auf dem Gebiete der Arbeitsnachweise, von dem Herr Reichle gesprochen hat, nicht bloß ein frommer Wunsch der Arbeitgeber geblieben ist. Die Unternehmer benutzen die Arbeitsnachweise dazu, um die Arbeiter geignigt zu machen. So hatte ein bei der Fabrik Maschinenbaugesellschaft angestellter Arbeiter nichts weiter getan, als daß er regulär kündigt, weil er wo anders eine bessere Stellung bekam. Das war strafbar! Die Firma, bei der er angestellt wurde, bekam eine Auskunft, daß sie den Mann nicht nehmen dürfe. Sie unterwarf sich dieser Anforderung, da sie sonst einer konventionellen Strafe verfallen wäre, und der Arbeiter war wochenlang brotlos. So sind also die Arbeitsnachweise in den Augen der Unternehmer nichts weiter als Wahregelungs-Büroaus. Dem Antrag des Abg. Reichle, einen Arbeits-Nachweis zu errichten, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig vertreten sind, und der deshalb mehr Garantien für unparteiliche Urteile bietet, stehen wir sympathisch gegenüber. Wir fordern nur, daß eine Anzahl Mitglieder des Reichstages sich jetzt zu den Anschauungen bekennen, die wir schon seit Jahrzehnten vertreten. Wir wollen abwarten, ob Sie hier im Reichstag eine Majorität finden, welche soweit ist, den Arbeitern das gleiche Recht wie den Arbeitgebern zu erteilen, und dadurch gegen den Terrorismus der Arbeitgeber Front zu machen. Daß dieser Terrorismus hauptsächlich vorhanden ist, beweisen auch die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten nach diesen Berichten provozieren die Arbeitgeber die Arbeiter, machen ihnen die Ausübung des Koalitionsrechts unmöglich und erschweren den Vertrauenspersonen der Arbeiter ihre Ergeben.

Der Reichsbericht allerdings bringt nichts von dem, was den Beziehungen der Arbeiter angeht. All das vertritt er einfach mitteilend, während man in den einzelnen Landesberichten viel mehr darüber findet. Graf Poldowsky hatte bekanntlich behauptet, daß die Arbeiterorganisation nicht die Streiks verhindert. Dem gegenüber schreibt J. B. Herr Dr. Wilmshöfer aus Baden, daß die organisierte Arbeiterschaft nicht weniger als geneigt ist, sich mit den Streikenden solidarisch zu erklären, daß sie im Gegenteil häufig Streiks verhindern. Er betont weiter, daß die Arbeiterorganisationen für den Fortschritt der Lohnbeschaffung der Arbeiter und damit für die Hebung der Gesamtlage von höchster Bedeutung seien und nicht, wie Herr v. Poldowsky meinte, nur Mittel, um die deutsche Industrie zu ruinieren. Herr Wilmshöfer bedauert deshalb auch nicht etwa, daß die Arbeiterorganisationen existieren, sondern daß sie so schwach sind. Er beklagt das geringe Interesse einer großen Zahl von Arbeitern gegenüber diesen Organisationen. Ja, der Tadel von Seiten der Unternehmer und die lange Arbeitszeit verhindern leider die große Masse der Arbeiter noch immer, sich diesen Organisationen anzuschließen, aber es ist sehr anzuerkennen, daß ein Aufwuchs der Arbeiter, gegenüber den Ansprüchen der Regierung dies zu bedenken. — Der Beamte von Mittelhausen weist auf die geringe Zahl der Ausländer hin, die zum Teil nur der guten Disziplin der Arbeiter, deren Führer keine Ausländer wählten, zum Ansehen. (Hört, hört! links.) Auch von dieser Ausweisung ist in dem Reichsbericht keine Rede, während sie doch ohne Zweifel sehr wichtig und charakteristisch ist. Ebenso hat der Reichsbericht vergessen, mitzuteilen, was der Mainzer Beamte beobachtet hat. Dieser erklärt, daß, wenn zwar ein kleiner Teil der Unternehmer auch organisierte Arbeiter in ihren Betrieb einstelle, ein großer Teil der Unternehmer dagegen jeden Arbeiter entlasse, von dem er vermutet, daß er Arbeiterführer haben, mit den Gewerbeaufsichtsbeamten in Verkehr zu treten weiß für eben Maßnahmen scharfsten. Auch wenn die Inspektoren ein besonderes Sprachzimmer haben, müssen die Arbeiter gewarnt sein. Es ist ihnen Gelingen von Erfolg im Auftrage ihrer Arbeitgeber beobachtet zu werden. Auf diese Weise wird die gezielte Anwerbung für die Arbeiter null und nichtig gemacht. — Während man es z. B. in Bayern, Württemberg, Hessen, Baden für selbstverständlich hält, daß die Beamten der Regierung mit den von den Arbeitern gebildeten Beschwerdebörsen in Verbindung stehen, ist davon in Preußen keine Rede. — Es ist zu bedauern, daß es einem Teil der Arbeiterschaft überhaupt unmöglich gemacht wird, sich mit den zu ihrem Schutz erlassenen Gesetzen vertraut zu machen und mit den Inspektoren in Verbindung zu treten, nämlich den politischen Parteien, die kein Deutsch verstehen. Es wäre eine sehr empfehlenswerte Pflicht der Regierung, zum Beispiel nach Paris nur die Fremdsprachen zu senden, die die politische Sprache beherrschen und von dortigen Arbeitern die betreffenden Bestimmungen in verständlicher Sprache zugänglich zu machen. (Sehr richtig, links.) Die Zahl der Aufwärtigen ist eine lächerlich geringe im Verhältnis zu den Aufgaben, die sie zu erfüllen haben; daher können sie ihre Arbeiten auch nur sehr mangelhaft ausführen. Ihre Überprüfungen sind mit raffinierter Unübersichtlichkeit zusammengestellt. Unsere sozialdemokratischen Zeitungen nehmen sich freilich die Mühe, die dort fehlenden Rechnungen auszuführen. Dabei hat es sich nun herausgestellt, daß 30 Prozent aller revidierten Anlagen überhaupt nicht revidiert worden sind; gerade die kleinen Werkstätten sind da meistens übergegangen worden, und diese haben die Revision am wenigsten. Die Aufwärtigen sind eben vermöge des geringen Personals überlastet, zudem haben sie noch Bureauarbeiten usw. anzuführen. Die allgemeine günstige Konjunktur in der wirtschaftlichen Lage kann auch höhere Ansprüche an den Etat stellen, sagt der Herr Staatssekretär. Ja, an den Ministerrat. Für gesteigerte Gewerbeinspektion bleibt immer noch nichts übrig. Ein einwandfreier Zeuge, der Herr Major Stürz in der Christlichen Zeit, erzählt von den Eisenbahnarbeitern in Westfalen, daß sie es dort schlechter haben als das Vieh, und daß er sich darüber wundere, daß sie nicht lieber ins Zuchthaus gehen. Und sein Gewerbeaufsichtsbeamter kümmert sich um sie!!!

Wenn Handwerker versteht der größte Teil der Gewerbeaufsichtsbeamten gar nichts. Das Organ des Herrn von Stumm erklärt ja auch, daß die Gewerbeaufsicht sich gar nicht auf das Handwerk zu sprechen habe! Wir hören daher nichts von dem Elend in der Hausindustrie, von der Beschäftigung der schulpflichtigen Kinder u. s. m.! In derselben Zeit, wo wir 1/2 Million arbeitsfähiger Erwachsener hatten,

halten wir 1/2 Million erwerbsfähiger Kinder! Gegen solche Ungeheuerlichkeiten kann nur die Errichtung von Arbeiterkammern, von Arbeitsämtern helfen. Die preussische Regierung hat aber geradezu einen Niesel dem vorgeschoben, daß Arbeiter je in die Gewerbeinspektion kommen. Diese bleibt nur wie vor den Technikern und pensionierten Offizieren überlassen. Diese Leute können aber unmöglich hinter alle Schliche kommen, mit denen die Unternehmer die Schutzbestimmungen umgehen.

Ein großer Mangelstand liegt ferner darin, daß die Berichte so spät erscheinen, so daß man sie vor der Besprechung im Hause gar nicht ordentlich durcharbeiten kann.

Geradezu lächerlich gering sind die Bestrafungen, die die Arbeitgeber für ihre unmenschliche Misshandlung erhalten. 10 Mark, 20 Mark, 50 Mark, das ist so für die Durchschüttel der Strafen, und der Richter bedauert das noch offiziell. Wenn aber ein sozialdemokratischer Richter eine angebliche Missetat bestraft, dann sind 4 Jahre Zuchthaus nicht zu viel Strafe für ihn. Und da verlangen Sie noch, daß man an den Rechtsstaat glauben soll? (Wauw, links.)

Was hat der Staat für die vorhandene Verschwendung in der Industrie der Arbeiter eigentlich gebracht? Längere Arbeitszeit, höhere Ausspannung ihrer Kräfte, Herabsetzung ihrer Gesundheit! Die höheren Löhne, die sie hier und da bekommen, sind nur auf Überstundenarbeit zurückzuführen. Und diesen „höheren Löhnen“ fricht in vielen Fällen eine so jämmerliche Bezahlung gegenüber, wie die in der Siemens'schen Glassfabrik zu Löbtau, wo zwei Arbeiter um Annehmlichkeiten einkommen mußten, weil sie mit ihrem Lohn nicht auskommen konnten. Die Siemens'sche Aktiengesellschaft zahlt 14 Prozent Dividende! hat bei einem Aktienkapital von 9 Millionen Mark anderthalb Millionen Mark Gewinn abgeworfen. Man spricht von der glänzenden Konjunktur. Aber wie viel Italiener, Galizier, Polen werden als Lohnarbeiter von den Unternehmern ins Land geholt. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs hat sich die Zahl der blühenden weiblichen Arbeitskräfte vermehrt. Auch die Überstundenarbeit ist gewachsen. In der Bewilligung von Überstundenarbeit sind die Behörden nach wie vor sehr willfährig. Die Gesundheitsverhältnisse liegen noch fast überall sehr im argen. Verletzungen sind häufig nicht geneigt, die Beamten zu unterstützen, weil sie sich in zu großer Abhängigkeit von den großen Kapitalisten fühlen. Selbst bei den Verletzungen für die Ortskrankenkassen ist das vorgekommen. Wo die Arbeitszeit über 10, 11 Stunden dauert, verenden die Arbeiter körperlich und geistig. Die Schwindsucht ist die eigentliche Arbeiterkrankheit; sie nimmt immer mehr überhand, das beweisen die Berichte der Ortskrankenkassen. Hier hat die Regierung sofort und energisch einzugreifen und den sanitären Maximalarbeitszeit in den Betrieben einzuführen, wo die Gewerbeinspektoren es für nötig bezeichnen. Der Aufschwung der Industrie hat für die Arbeiter größeres Wertes gegeben als im vorigen Jahre. Die Statistik der Berufsangehörigen beweist, daß die Zahl der Verletzten im letzten Jahre bedeutend gewachsen ist. In den letzten 15 Jahren hat die Zahl der Unfälle bedeutend zugenommen, besonders in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die Unternehmer benutzen die Arbeitskraft der Arbeiter auf das Mögliche ohne Schonung des Lebens und der Gesundheit. Nur eine geringe Summe von Geld, Unfall und Krankheit haben die Arbeiter davongetragen, während der Unternehmergewinn riesig gestiegen ist. (Wauw! bei den Sozialdemokraten.)

(An der Debatte beteiligten sich noch die Abg. Müller (natl.), Klinger (Soz.) und der Staatssekretär Graf v. Poldowsky. Wir geben den Schluß dieser Sitzung morgen wieder.)

Die Weiterberatung wird auf Freitag vertagt.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages erklärte die Wahlen folgender Abgeordneter nach Prüfung der eingegangenen Proteste für gültig: 1. Beck (Centrum) 3. Oberbayern: Reichel. — 2. Fahlke (fr. Vg.) 6. Frankfurt: Jüllichau-Krossen. — 3. Faller (natl.) 2. Baden: Donauerschlingen. — 4. Fiß (natl.) 5. Pfalz: Homburg. — 5. v. Gaud-Ny (Centrum) 6. Koblenz: Köchem-Zell. — 6. Dr. Hahn (W. d. L.) 19. Hannover: Kötzingen-Nienhaus. — 7. Herrmann (Centrum) 9. Königsberg: Allenstein-Rössel. — 8. Hofmann-Villenburger (natl.) 5. Wiesbaden: Dillkreis-Ober-Westerwald. — 9. Jacobsen (fr. v. freil. Volksp.). 3. Schleswig-Holstein: Schleswig-Eternförde. — 10. Schmidt-Mischerleben (Soz.). 7. Magdeburg-Mischerleben. — 11. Schrader (fr. Vg.). 2. Frankfurt-Landsberg-Soldin. — 12. Dr. Weissenhagen (Centr.). 2. Schwaben: Donauwörth. — 13. Weigel von Münderbach (natl.). 8. Königsberg: Osterode-Weidenburg. — 14. Witzperger (Centr.). 4. Obergpaltz: Neuenburg.

Der Verein für mittelparteiliche Wahlen in Schönebeck (oder wie das Unglückswürmchen heißt) hat also umsonst sein „belastendes Material“ gesammelt. Gute Nacht!

Eine vom Centrum eingegangene Interpellation verlangt Aufschluß über das Weingesetz, gegen welches eine Anzahl Beschwerden vorliegen. —

Von volksparteilicher Seite wird die Entschädigung für unschuldig erlittene Haft beantragt. —

Nicht weniger als 3619 Petitionen sind dem Reichstage zugegangen. —

Die Zahl der Postbeamten erfährt, abgesehen von Unterbeamten, nach dem Etat für 1899 eine weit geringere Vermehrung als in den Vorjahren. Während 1896/97 1968, 1897 2265, 1898 2195 Beamte hinzukamen, findet 1899 nur eine Vermehrung um 246 Stellen statt. Bei den Unterbeamten dagegen beträgt die Vermehrung nach wie vor auch für 1899 2800. —

Mit dem Antrag Klindowström gegen die Veröffentlichung amtlicher geheimer Aktenstücke wollten die Konservativen, wie aus der Kreuzzeitung hervorgeht, nicht nur eine Art Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie, sondern eine Beschränkung der Pressefreiheit herbeiführen. Ein Berliner Blatt hatte zu dem Antrag Klindowström gesagt: „Das Hauptbedenken gegen jedes derartige gesetzgeberische Vorgehen in der Klindowströmischen oder in einer anderen Fassung bleibt die zu befürchtende Beschränkung der öffentlichen Erörterung staatlicher Angelegenheiten.“ Hierzu schreibt die Kreuzzeitung: „Gerade das wäre ein wahrhafter Segen.“ Das ewige Kritzele und Nörgeln der Presse an allem und jedem, was von Staatswegen geschieht, verschleude den Mangel an kraftvoller Männlichkeit des öffentlichen Auftretens. Dadurch werde die Neigung zur Rechthaberei gewährt, die die eigentliche Quelle und Wurzel der Parteizersplitterung bilde. — Da der Antrag Klindowström gar keine Aussicht hat angenommen zu werden, wird mit dem ewigen „Kritzele und Nörgeln“ fortgefahren werden. —

Der Fall Grüenthal kam in der letzten Sitzung der Budgetkommission zur Sprache. Abg. Müller (Centrum) erbat Aufklärung darüber, wie es möglich gewesen sei, daß Grüenthal undurchlochte Scheine sich angeeignet habe, während doch alle wertlosen Scheine durchlocht werden sollen.

Er fragt ferner, welchen Umfang die Defraudation angenommen, wer den Schaden — außer Grüenthals Nachlaß — gedeckt, ob jetzt die erforderliche Kontrolle gesichert sei, wie sich die anderen Kontrollbeamten gerechtfertigt haben, und welche Vorkehrungen getroffen seien, um Fälle à la Grüenthal für die Zukunft unmöglich zu machen. Staatssekretär v. Bobbielski: Die Reichsbank habe eine genaue Prüfung der Scheine vorgenommen. Es handle sich um zwei betrügerische Vorgänge. Im ganzen habe sich Grüenthal 489 300 Mark angeeignet. 41 000 Mark seien auf dem Kirchhof gefunden worden. Also handle es sich noch um 448 300 Mark. Aus dem Vermögen Grüenthals hätten sich 282 000 Mark bar, sowie an Schmucksachen und dergleichen 18 000 Mark, im ganzen also 300 000 Mark ergeben. Es bleiben also noch 148 300 Mark zu decken, wofür die Reichsbank auskomme. Der Staatssekretär giebt sodann eine Darstellung der Entdeckung des Falles, wie sie bereits bekannt ist, und konstatiert, daß es lediglich kleine Nachlässigkeiten anderer waren, die Grüenthal sich zu nütze gemacht. Aber eine pflichtwidrige Handlungsweise anderer Beamten der Reichsbank sei nicht nachgewiesen. Es sei aber die strengste Kontrolle eingeführt, und Fälle à la Grüenthal seien für die Zukunft ausgeschlossen. —

Nachrichten aus Magdeburg.

Der Vorwärts bemerkt zu dem gegen Sarbaum eingeleiteten Verfahren: Es ist zweifellos, daß für den Fall der Verurteilung Sarbaums auf Grund des § 14 des Preßgesetzes, das Urteil gegen Müller aufgehoben werden muß.

Der Arbeiter Gutthardt, welcher in seiner Schmuckfabrik eine Anzahl Parteigenossen auf das größtmögliche verdächtigte, besudelte und beleidigte, hat auch den Verleger Sarbaum verklagt. Er soll sich am Montag bei dem Schiedsrichter einfinden. Die Folge wird sein, daß nachträglich die in der Gutthardtschen Schmuckfabrik beteiligten Genossen Gegenklage erleben. Dies hat aber zugleich zu geschehen, damit die Handlungen dieses Herren vor Gericht in das richtige Licht gerückt werden können. Jede Schonung wäre verfehlt. —

In der letzten Stadtvorordneten-Sitzung wurden eine Anzahl Vorlagen erledigt. Eine längere Besprechung rief der Etat des städtischen Hafens und die neue Stadtlinie des Breitenweges zwischen Steinstraße und Leierstraße hervor. Triumphierend verkündet das amtliche Organ des Magistrats: Beim Hafenrat wurde ein auf wichtigen Voraussetzungen beruhender Antrag des neugewählten Stadtschmidts auf die Hafenverwaltung wegen angeblicher Abgabe an den Rekordhöhen der Arbeiter und wegen zu niedriger Tagelöhne vom Magistrat und den Räten der Mehrheit ohne Mühe abgelehnt. Wir gehen morgen auf diesen „Mischtag“ ausführlicher ein. —

Die Elbe steigt!

Endlich ist in diesen Tagen mit dem Bau des Volkshades und der Volkshauskirche begonnen worden. Der Bauplatz liegt hinter dem Schulgebäude in der kleinen Schulstraße zwischen Straße 1 und der Stadtmauer. Mit der Volkshauskirche wird verbunden eine Badeanstalt für strophulöse Kinder, ein Schulbad für die unmittelbar angrenzende erste Volkshauschule in der kleinen Schulstraße und eine Volkshauskloset nach dem Muster der ersten Berliner öffentlichen Klosethalle. Die Badeabteilung für Männer soll 17 Bänke haben, die für Frauen 4 Bänke und 4 Wannen über enthalten. In dem Baderaum für strophulöse Kinder sollen 6 kleine Wannen, im Schulbad 4 runde Wannen aufgestellt werden. —

Für den Umbau des Hellinges auf der strophulösen Werft zu Magdeburg werden im Etatshaushaltsetat 72 000 Mark gefordert. Die Begründung dieser Forderung lautet folgendermaßen: Auf dem Helling der staatlichen Schiffswerft zu Magdeburg werden zum Auf- und Abbringen der Fahrzeuge Schlitzen, welche auf eigenen Langhölzern laufen, verwendet. Diese Einrichtung genügt zwar für kleinere Fahrzeuge, wie solche früher auf der Elbe im Betriebe waren, ist aber zum Ausschleppen größerer Schiffe, insbesondere der in den letzten Jahren beschafften Eiserechtdampfer, nicht geeignet. Auch befindet sich die Hellinganlage in mangelhaftem Bauzustande. Die Hölzer sind zum Teil angefault; ihre ursprüngliche parallele und gleichmäßig geneigte Anordnung ist fast an keiner Stelle vorhanden. Die zwischen den einzelnen Stützpunkten stark durchgehogenen Balken geben beim Ausschleppen der Schiffe viel zu sehr nach, so daß wiederholt die Zugketten gebrochen sind. Es wird deshalb ein Umbau des Hellinges notwendig. Die Hellingbahn soll eine durchlaufende Neigung von 1:8 erhalten und mit auf Rädern laufenden Wagen befahren werden. Die Kosten des Umbaus sind auf 72 000 Mark veranschlagt worden. —

In einem hiesigen Blatte lesen wir: „Gerüchweise verlautet, daß in diesem Frühjahr der Streik der Vanhandwerker und Bauarbeiter von neuem beginnen soll.“ Uns ist hierüber nichts bekannt. —

Die bei der hiesigen Privatpost angestellten Personen bitten um Uebernahme in den Reichspostdienst im Falle der Aufhebung der Privatpostanstalten, bezw. um Gewährung von Entschädigungen. — Wie bekannt, soll eine Entschädigung gewährt werden. Die Sozialdemokraten werden jedoch zunächst versuchen, daß die Reichspost die Angestellten der Privatpost übernimmt. —

Herr Major Stürz ist von Magdeburg nach Berlin versetzt. Er ist (sind wir recht unterrichtet) um seine Versetzung eingekommen, die ihm in Anbetracht der hier bekannten Vorgänge anstandslos gewährt worden ist. —

Herr Guibert kommt nicht nach Magdeburg. Bekanntlich sollte sie im Laufe der Freundschaft ihre munteren Liedchen sprechen. Jedoch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Wind zu streifen. Eingetretener Hindernisse halber ist das Gastspiel „bis auf weiteres“ verköhnt. Fauler Zauber. Das Gastspiel findet überhaupt nicht statt. Das Magdeburger Mädelchen hat einen Sieg errungen. Wir sehen — Magdeburg wird Weltstadt. —

Die Frist zur Abgabe der Steuererklärung ist mit dem 20. d. Mts. abgelaufen. Seitens der Neuen Veranlagungskommission geht dem zur Selbstreinigung Verpflichteten eine nochmalige Mahnung zu, die aber auf keinen Fall unbeachtet bleiben kann, was sonst den Verlust der Rechtsmittel gegen die Veranlagung zur Folge hat. —

Erhängt hat sich der 50-jährige Arbeiter St. in seiner Wohnung in der Weidenstraße. Was für Gründe den Unglücklichen in den Tod getrieben haben, konnten wir nicht erfahren. —

Magdeburger Justiz.

Frankfurter Volksstimme: Bei aller Achtung vor der gewissenhaften Handlungsweise des Genossen Schmidt fragen wir doch, welchen praktischen Zweck seine Anwesenheit unter dem heutigen Preßregime haben soll. Genosse Müller dürfte um seine Strafe als „Verantwortlicher“ auch nach dem Wustanis Schmidt's kaum herankommen. —

Hamburger Echo: Natürlich ändert diese neue Phase der Angelegenheit nichts an der dringenden Notwendigkeit, schleunig die Magdeburger Rechtspflege zum Gegenstand der Besprechung im Reichstage zu machen. Wir hoffen, daß bald das passende Wort gesprochen werden wird. —

Norddeutsches Volksblatt: Der Fall Müller hat eine Aufsehen erregende Wendung genommen. Wenn der Genosse Albert Schmidt aus eigenem Antrieb so gehandelt hat, so ehrt ihn die Erklärung und wünschen wir nur, daß sie auf seine Richter einen Ein-

braut macht, der sie bestimmt, ihn milder zu bestrafen als seinen Kollegen Müller.

Stettiner Volksbote: Der Entschluß des Genossen Schmidt, sich selbst zu opfern, ist ein hochherziger und wird überall voll gewürdigt werden. Damit scheidet Schmidt, der ein tüchtiger Agitator ist und den auch die Stettiner Genossen gelegentlich eines Vortrags kennen gelernt haben, aus einer hervorragenden Stellung im politischen Leben aus, denn falls er überhaupt noch aus dem Gefängnis herauskommen wird, da gegen ihn noch ein anderes Verfahren wegen Majestätsbeleidigung schwebt, wird er an Geist und Körper gebrochen sein. Unsere Gegner mögen aber erkennen, daß ihr Kampf vergeblich ist. Eine Partei, die über solche Männer verfügt, ist unüberwindlich. Genosse Albert Schmidt hat sich als ein ganzer Mann gezeigt, denn die Achtung aller ehrlich denkenden Menschen, auch wenn sie nicht Sozialdemokraten sind, sicher ist.

Harburger Volksblatt: Eine nützige That.

Fränkische Tagespost: Die Sozialdemokratie Magdeburgs hat einen Ehrentag mehr zu verzeichnen. Verfolgt und wieder verfolgt, steht sie mit den Männern ihres Vertrauens an der Spitze ungebogen und unerschütterlich da. Der Verlust der Macht hat die bürgerlichen Parteien Magdeburgs zu einem leidenschaftlichen Haß gegen die Sozialdemokratie aufgereizt; unfähig, den Gang der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung zu begreifen, sehen sie in der Organisation des Proletariats das Teufelswerk einiger „Pöpper“, die durch Gewaltmaßnahmen zum Schweigen gebracht werden sollen. Die Unverhältnissen werden sich wohl auch durch die glänzende Haltung unserer Magdeburger Parteigenossen nicht von ihren Vorurteilen abbringen lassen, aber wer noch ein Gefühl hat für die Größe eines mit Ausdauer aller Kräfte geführten politischen Kampfes, der wird eine Bewunderung für die Kämpfer von Magdeburg nicht hinterlassen. An unserer Disziplin, unserem streng gesetzlichen Vorgehen, an unserem Mut und unserer Ausdauer werden die Kräfte der Gegner zu Schanden werden. Alle für einen und einer für alle, so haben wir es immer gehalten, so ist es jetzt wieder in Magdeburg geschehen und so wird es bleiben. Unser der Sieg — Vorwärts!

Freie Presse, Eberfeld: Magdeburg ist eine derjenigen Städte Preussens, die eine Geschichte haben. Aber auch in der Neuzeit ist es geblieben, daß Magdeburg seinen geschichtlichen Ruf behält, wenn auch diese Mütter keine Mährenblätter in Magdeburgs Geschichte sind. Unsere Parteigenossen kennen Magdeburg, sie wissen, daß es im Dreißigjährigen Krieg von den Pappenheimern und von Tilly erobert wurde, doch das ist ältere Geschichte, das ist durch Generationen hindurch verschmerzt. Aus der neueren Geschichte, aus dem Krieg gegen die Arbeiterklasse, aus dem Dreißigjährigen Krieg gegen die Sozialdemokratie ist bekannt, daß die Sozialdemokratie auch Magdeburg eroberte. Dieser moralische Sieg der Sozialdemokratie rief schon lange die herrschenden Klassen, welche die materiellen Machtmittel in Händen haben, auf zu Plan. Die Verfolgungen, welche unsere Genossen, unser Parteiblatt, unsere Vereine und Gewerkschaften in Magdeburg zu erdulden haben, sie sind gebucht, gebucht auch im Herzen des Volkes. ... Man muß jetzt abwarten, welche Stellung der Staatsanwalt der neuen Wendung der Dinge gegenüber nimmt.

Norddeutsche Volksstimme: Die jüngsten Vorkommnisse in Magdeburg haben die Aufmerksamkeit des gesamten deutschen Proletariats auf diese Hochburg der Reaktion gelenkt und mit Spannung verfolgt ein jeder den weiteren Verlauf des Kampfes, der dort von unseren Genossen für die Sache der Freiheit geführt wird. Am Montag abend hat in einer Volksversammlung die Arbeiterschaft Magdeburgs selbst ihr Urteil gefällt und dieses Urteil, es spricht eine Sprache so klar und deutlich, daß ein jeder, mag er sein, wer er will, daraus erkennen kann, wie man im Volke denkt. ... Unsere braven Magdeburger Parteigenossen werden, davon sind wir überzeugt, den Kampf mit allgemeiner Thatkraft und Energie durchzuführen. Sie haben nichts zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen! Der Kampf ist ein schwerer, viele Opfer wird er auch in Zukunft noch erfordern, aber sie müssen geleistet werden und — sie werden geleistet. Mit Stolz blüht die Sozialdemokratie von ganz Deutschland auf Magdeburg.

Offenbacher Abendblatt: Die so schwer heimgejagten Parteigenossen Magdeburgs hatten sich Montag abend zu einer imposanten Versammlung vereinigt, um der herrschenden Gewalt zu zeigen, daß der sozialistische Gedanke durch keinerlei Maßregeln zu unterdrücken ist, um zu beweisen, daß selbst die drakonischsten Verurteilungen, die unablässigen Verfolgungen den Kampfesmut der sozialistischen Streiter nicht zu brechen vermögen. Und in der That, nach dem uns zugegangenen Bericht zu urteilen, hat das Verfolgungssystem, welches in dem alten Magdeburg besonders in den letzten Monaten garstige Willen treibt, das erzeugt, was nach den Lehren der Weltgeschichte derartige Verfolgungen immer erzeugen: es hat die glühende Blut der Begeisterung für unsere große Sache zu hellen Flammen entfacht; ein Zug von jenem trotigen Vertrauen auf unser gutes Recht, das auch die schwersten Verfolgungen nicht zu erschüttern vermag, durchwehte die Versammlung. Kein schwaches Klagen, kein banges Jagen wurde in derselben laut, die Reden, die gehalten wurden, atmeten den Geist, der in den Worten unseres Bundesbuches einen so kräftigen Ausdruck gefunden: „Je höher und umrauscht die Feut, je mehr mit der Begeisterung Blut der heiligen Sache wir uns weihen!“ ... Wird es die herrschende Klasse verstehen, aus dieser mächtigen Volksdemonstration die richtige Lehre zu ziehen? Wir glauben kaum, wenn die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Unbill. Aber eins wird auch dem Kurzsichtigsten klar geworden sein, das vollende Mad der Zeit läßt sich durch nichts in seinem Laufe einhalten; unauhaltbar sich Bahn brechend schreitet die sozialistische Idee fort und allen denen, welche wahren, sie durch Kerkerstrafen zum Stillstand zu bringen, dürfte die Versammlung die Worte des großen Regers Galilei in Erinnerung gebracht haben: „Und sie bewegt sich doch!“

Nachrichten aus der Provinz.

Jessen, (Ertrunken.) Der Arbeiter Donat aus dem Nachbardorf Esser verunglückte an der Mündung der Schwarzen Esser in die Elbe dadurch, daß ihm beim Überfahren die Hinderstange im Sande festsank und sein Kahn durch den Sturm gegen einen großen Eis-

lahn getrieben wurde. Donat, welcher einarmig war, erschloß sich dort herunterhängendes Tau, konnte sich aber nicht lange halten und versank im Wasser. Die Leiche konnte nicht gefunden werden.

Mühlhausen, (Von der Transmisslon erwünscht.) Beim Anlegen eines Niemens auf eine im Gange befindliche Transmissionswelle wurde der 56-jährige Arbeiter an den Kleidern erfaßt und von der Welle mehrere Male herumgeschleudert. Er erlitt eine Schenkelverletzung, Quetschungen der Brust und Verläche beider Beine.

Saßte, (Die Wagenreparaturwerkstatt.) Im Staatshausgebäude werden auch die Mittel für die geplante Erweiterung der Wagenreparaturwerkstatt Saßte-Westertshausen gefordert. Die Werkstatt genügt längst nicht mehr den an sie gestellten Anforderungen. Trotz Vermehrung der Arbeitsträfte und Verlängerung der Arbeitszeit ist es nicht möglich gewesen, die Reparaturen und dergl. so schnell auszuführen, wie es wünschenswert gewesen wäre. Die Kosten der Ausbesserung der Arbeitsträfte und Beschaffungen sind auf 100.000 Mark veranschlagt, wovon für das Staatsjahr 1909 eine erste Rate von 300.000 Mark in Umlauf kommt.

Niesar, (Schadenfeuer.) In dem benachbarten Dorfe Wollu brach in einem Wohnhause Feuer aus; das Gebäude wurde ein Raub der Flammen.

Nachrichten aus dem Reiche.

Angsburg, (Das linke Auge ausgekoffen.) Sonnabend nacht tangte in einer Wirtschaft in der Marktvorstadt ein junger Burfche den „Schuhplattler“ und ließ dabei seiner Tänzerin mit den Schuhschlägen das linke Auge aus.

Wanzenburg i. Harz, (Diphtheritis.) Eine Diphtheritis-Epidemie scheint hier auszubrechen zu wollen, es sind bereits eine größere Anzahl Kinder erkrankt.

Destedt, (Ein Feuerwehrmann getötet.) Auf dem Gutshofe des Landwirts Haber entstand ein Schornsteinbrand. Nachdem die ziemlich große Gefahr beseitigt, wurden Feuerwachen aufgestellt. Pöblich stieg der hohe Schornstein um und begrub den als Feuerwehrmann thätigen Maurer Fr. Grashoff unter seinen Trümmern. Der Bauernknecht war sofort tot.

Großheringen, (Berunglückt.) Dem Weichensteller Limpert wurde am Montag auf dem hiesigen Bahnhof beim Mangieren ein Bein abgefahren. Der Verunglückte wurde in die Klinik zu Jena gebracht.

Kohlfurt, (Eisenbahnunfall.) In einem Postpaketswagen fuhr auf dem Bahnhof eine Mangiermaschine hinein; zwei Postkaffner trugen schwere, eine leichte Verletzungen davon.

Ulsted, (Arbeiterkiste.) Zwei Arbeiter wurden beim Bau der Kanalbrücke durch herabstürzende Erdmassen verunglückt. Einer erlitt, während der zweite nur geringfügige Verletzungen erlitten hatte. Gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Mülheim a. Rh., (Die That eines Verführers.) Ein Verführer feuerte einen Revolverknall aus dem Fenster seiner Wohnung auf einen ahnungslos die Straße passierenden Frühlingswater ab. Dieser brach tot zusammen.

Salungen, (Vom Sturm getötet.) Auf dem Wege von hier nach Liebenstein wurde die Leiche eines Einwohners aus letzterem Orte gefunden, der dem seit einigen Tagen hier herrschenden Schneesturm zum Opfer gefallen sein muß.

Schutz den Arbeitswilligen.

Der Braunschweiger Volksfreund ist in der Lage, vorzügliches Material zu dem angekündigten Gesetzentwurf, betreffend den „Schutz der Arbeitswilligen“, beizubringen. In die Hände der Redaktion gelangte folgende

Mitteilung
von den
Harzer Werken
Gartenholz
b. Wanzleben, Harz, 14. Mai 1909

An
die Direktion der Harzer Werke
Wanzleben.

Die Arbeiter aus Hüttenrode und aus Neumark sind am 12. resp. 16. v. Mts. wegen frechen Benehmens von hier entlassen und sind i. Zt. bei Herrn C. E. Buchholz schriftlich gemeldet. Dieselben werden seit einigen Tagen auf dem Steinbruch Diabas beschäftigt und bitte ich daher ganz ergebenst das Nötige hierüber veranlassen zu wollen.

Zur Erläuterung dieses Urteilsbriefes sei folgendes hinzugefügt. Die beiden in der Mitteilung erwähnten Arbeiter, deren Namen wir selbstverständlich nicht wiedergeben, sind wegen des Lohnes mit ihrem Vorgesetzten in einen Wortwechsel geraten, was niemand wundern wird, der die erbärmlichen Lohnverhältnisse der Steinbrucharbeiter kennt, und haben kurz danach aufgehört. Sie sind dann auf der Gewerkschaft Diabas in Arbeit getreten, wurden aber nach einer Zeit von 3 bis 4 Wochen durch den Betriebsführer gekündigt auf Grund einer gemeinschaftlichen Verabredung der Herren Direktoren verschiedener Werke. In dieser „Verabredung“ sind beteiligt die Gesellschaften Harzer Werke, Gewerkschaft Diabas, Max Meyerstein, Rübelerder Kaltwerke, Buchholz u. Mertens und noch einige kleine Firmen des Harzbezirks, die mehr oder weniger von den erstgenannten fünf Firmen abhängig sind.

So tritt das übermächtige Kapital gegen Arbeiter auf, die vielleicht ein Wort zuviel zum Meister sagten, weil sie einen Lohn erhielten, von dem sie die Gewißheit hatten, daß er für die Fristung des Lebens ihrer Familie nicht ausreichte.

Man begnügt sich nicht mit der Entlassung, nein man verfolgt sie auch weiter mit dem ganzen

Gasse, dessen eine Kapitalistenseele fähig ist, und sagt sie aus den anderen Stellen, in denen sie auf Grund ihrer Leistungen das Nötige verdienen, um nicht mit den übrigen Hungers zu sterben.

Das aber will das koalitierte Kapital gerade herbeiführen, und da will es uns wirklich scheinen, als wenn die Buchtausandrohung für so frivolos Beginnen keineswegs zu hart sein kann.

Kleine Chronik.

Der Nordmarkreisende des Berliner Tageblatt erzählt aus Nordschleswig: Weil eine Frau Vetter über den Haun gehängt hat, ein weißes Oberkleid immer neben ein rotes Unterkleid, so hat sie ein Strafmandat bekommen, da das die Farben des Dannebrog sind.

5000 Personen nahmen am Freitag an der Desfiliercoré (Vorbeimarsch) im königlichen Schlosse teil. Die Cour dauerte drei Stunden.

In der elektrotechnischen Fabrik von Schneeweis und Engel zu Hannau wurden durch Explosion des Kessels ein Ingenieur und ein Arbeiter getötet.

Eine große Kessel-Explosion fand am Donnerstag in der Dampfmaschine in Rostigio statt. Ein Arbeiter wurde getötet, mehrere andere erlitten schwere Verletzungen.

Erdröckel aufgefunden wurden in ihrer Wohnung in Maauberge die 81-jährige verwitwete Frau de Negrier, die Schwägerin des Generals de Negrier. Die des Mordes verdächtige Dienerin wurde verhaftet; Frau de Negrier hatte derselben kurz vorher testamentarisch 100.000 Francs zugesichert.

In der Gouvernementshauptstadt Schitomir hat der Post zufolge in der Drogerie von Willens eine furchtbare Benzol-Explosion stattgefunden. Das Gebäude wurde fast gänzlich zerstört; vier Angestellte des Drogeriegeschäfts, ein Brandmeister und fünf Feuerwehrleute blieben tot, der Postmeister und zwei Polizeikommissare erlitten Brandwunden.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Naturheilverein Wundau, Sonntag, den 22. d. Mts., Versammlung der Elektrizitätswerke. Treffpunkt vormittags 9 1/2 Uhr am Wilhelmsgarten.

Sonnabend, 21. Januar: Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Hauptstelle Neustadt). Mitgliederversammlung abends 8 Uhr bei Schall, Fabrikstr. 5-6.

Sonntag, 22. Januar: Verein der Maschinen- und Feiler. Versammlung nachm. 3 1/2 Uhr im Bürgerhaus, Stephansbrücke 38.

Stattüb. Einigkeit. Jeden Sonntag von 4 Uhr ab gemütliches Beisammensein.

Verein „Genügsamkeit“. Nachmittags 5 Uhr bei Schall, Fabrikstr. 5-6.

Fernerleben. Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. Mitglieder-Versammlung nachmittags 3 Uhr. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist notwendig.

Stadt-Theater.

Die Theater-Saison naht sich ihrem Ende. Deutsche Reichen sind die Ankündigungen der **Chrenabeude für die Schauspielertanen und Schauspielere**. Den Anfang macht die erste Liebhaberin und Heldin unseres Stadttheaters, Fräulein Adele Werra. Ihre Benefiz ist am kommenden Montag, den 23. d. Mts. Zur Aufführung gelangt: **Die Pflicht**. Wir meinen, Fräulein Werra hat mit diesem nebenbei sehr viel beschworenen Repertorium alle größeren Bühnen einen sehr guten Griff getan. Wir wünschen der geschätzten Benefizantin ein recht volles Haus. Wenn wir auch keine Lust verspüren, für den Direktor Cabillus die Feder zu führen, für die Künstlerinnen und Künstler unseres Stadttheaters thun wir es aber um so freudiger. S.

Quittung.

Zu Parteizwecken gingen ein: Friedrichslust 77,05. — J. W. 0,25. — K. 0,50. — L. 3,30. — W. 4,80. — Ein Arbeitswilliger 1,00. — H. N. Neustadt 13,15. — J. N. Neustadt 50,00. — Buchdruckerei der Volksstimme 10,00. — Buchdruckerei Höde 2,50. — W. W., Stadtmarkt 2,50. — L. N. Neustadt 22,00.

Albert Water, Vertrauensmann.

Briefkasten.

Sächsische Arbeiterzeitung. Besten Dank für Zusendung. A. E. — Otto Sch. Als ein geschlossenes Vergnügen, sobald keinerlei öffentliche Einladungen erfolgen.

Letzte Nachrichten.

Magdeburg. Im heutigen Vernehmungstermin gegen unseren Redakteur August Müller wegen eines Inzinerats, „Glanduln“ betreffend, wurde auf Freisprechung erkannt, da „Glanduln“ nicht als Geheimmittel anzusehen ist. Die Vorinstanz hatte den Angeklagten mit 15 Mark Geldstrafe belegt.

Magdeburg. In der Groben Unfugs-Sache gegen den Redakteur Robert Wistorius wurde am Freitag von der hiesigen 3. Strafkammer auf 50 Mark Geldstrafe erkannt, während der Staatsanwalt wieder die Höchststrafe von 6 Wochen Haft beantragt hatte. Es handelte sich um den Artikel in Nr. 220 der Volksstimme: „Eine Greislin erschossen!“

M. - G. Labach. Der Zustand der Weber ist beilegt. Den Ausständigen ist eine Lohnerhöhung zugestimmt.

Färberei u. chemische Reinigung. 2907
Kleid zu reinigen . . . von 1.50 Mk. an.
Kleid zu färben . . . von 1.50 Mk. an.
Anzug zu reinigen . . . von 1.50 Mk. an.
Schildergasse 2/3 und Lödisehofstrasse 17
Leopold Bausleben.

Breiteweg **Bazar Sudenburg** Breiteweg
117. **117.**
Neu! Eröffnung Neu!
Sonnabend, den 21. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Empfehle:
Herren-, Damen- u. Kinderstiefel
von den billigsten bis zu den feinsten Qualitäten.
Filzschuhe und Gummistiefel 3477
in allen Größen zu billigsten Preisen.
Gefüllte Lederstiefel und Schuhe
Gummistiefel für Herren, Damen und Kinder
in jeder Größe.
Carl Boyos, Schuhwaren-Lager
Goldschmiedebrücke 5.

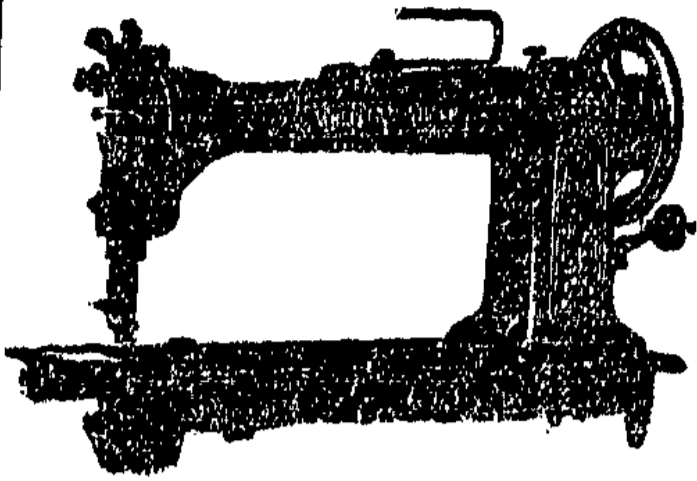
Burg, Markt 20.

Burg, Markt 20.

Otto Krebs

Vertreter der Wheeler & Wilson Manufaktur Co., New-York
empfiehlt sein

183



Nähmaschinen-Lager

aller Systeme.

Eigene Werkstatt

Nähmaschinen-Reparaturen

auch außer dem Hause.

Ersatzteile zu jedem System.

Großes Lager von

Nadeln, Dolen, Schiffchen, Riemen 2c. 2c.

Hierdurch allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage

Jakobsstrasse No. 47

Cigarren-Spezial-Geschäft

erreichte. Durch Verbindung mit nur leistungsfähigen Häusern bin ich in der Lage, allen an mich gestellten Anforderungen gerecht werden zu können. Um günstigen Zuspruch bittend, empfiehlt sich

hochachtungsvoll
Ernst Broschwitz
früher Buffetier bei Herrn F. Grothum.

Ambrosiusplatz
Nr. 2.

Sudenburg.

Ambrosiusplatz
Nr. 2.

In meinen beiden Filialen mit 5 großen Schaufenstern empfehle:

Blumen leicht gefalzen	à Pfd. 45 Pf.
Blumen Altmäcker	" " 70 "
ff. Schlackwürst	" " 80 " alt.
Schinken im Ausschnitt	" " 80 "
Schinken, kleine, 5 bis 7 Pfd.	" " 60 "
Rippen-Speck fein mager	" " 70 "
Fetter Speck blendend weiß	" " 55 "

Ferner empfehle die so sehr beliebte

A. L. Mohr'sche Margarine

für Wiederverkäufer zu Fabrikpreisen

ff. Kaffee's, gebrannt, reinlichmehdend,
à Pfd. 85, 90, 100, 120, 160, 180 und 200 Pf.

W. H. Lange

Hesekiesstr. 12. Hesekiesstr. 12.

Kauft „Butterblume“

allerfeinste

Süßrahm-Margarine

Margarine-Fabrik Rhenania Pfeill & Co.

Vertreter

F. Drews, Magdeburg-Neustadt

Moritzplatz 1, I.

Achtung!

Ausserordentliche Versammlung

des **Verbandes Deutscher Zimmerer**

(Zahlstelle Magdeburg)

am Sonnabend, den 21. Januar, abends 7 Uhr im Lokale des Herrn Müller, Tischlerkrugstraße 22.

Tages-Ordnung:

1. Durchberatung der Anträge zur Generalversammlung. 2. Verschiedenes. 3. Nicht der Kameraden ist es, zahlreich zu erscheinen.

177

Der Vorstand.

Schuhwaren!

Billig! Billig! Billig!
Herren- und Damen-Stiefel,
Stiefelchen, Turn-, Stramp-, Kinder-
schuhe, Pantoffel, auch aus Konfurs-
massen stammende Waren 37

zur Neustadt, Schmidtstr. 44.

Buckau

Coquiststraße Nr. 17.

Filz-, Holz- und Gummischuhe

zu und unter Einkaufspreisen bei
Wilh. Wienecke
gegenüber der Porzellan-Manufaktur.

Madengarderobe billig zu verkaufen
Hafenstraße 6 v. L. bei Kurh. 31

Strümpfe werden angefertigt und an-
gestrichelt bei Frau Mohr, Köthenerstr. 20.

Empfehle täglich frisch: 153
ff. Hasengefröse
ganze à 50 Pfg., halbe à 20 Pfg., in
großer Auswahl.

E. Wieprecht

Breiteweg 56.

Frisches Schweinefleisch

gepöfelt und geräucherter,
sowie alle Sorten Würst und Schinken.
Caféler Rippensteck und Rippensteck.
Jeden Sonnabend und Sonntag:
Warme Knoblauchwürst und Pöfel-
fleisch empfiehlt 181

E. Glaser, Zimmermannstraße
Nr. 10.

* Großes Hausbrot, 5 Pfd. 50 Pf.
bei Carl Gühe, Kurfürstenstraße 24.

Schweinebacken

gepöfelt, zum Kochen, Schmoren, auch
geräuchert und gefocht zum Aufschnitt
wie gefochter Schinken
Pfund 55 Pfg.
Feine Molkereibutter, Pfd. 1 Mt.
V. Warzonski, Schwüced-
straße 14.

Bei Einkäufen bitten wir unsere
Leser, sich auf die Volks-
stimme beziehen zu wollen.

Heute Schlachtfest

bei **August Lohmann**
Helmstedterstraße 57. 180

Heute Schlachtfest.

Heinrich Lohmann
Michaelstraße 16. 179

* Guten Pferdeböcker zu vergeben bei
Ottomann, Schöningerstraße 33/34.

* Junger zahmer Affe billig zu verkaufen
Kurfürstenstraße 6, bei Magarella.

* Ein Terrier, schön gezeichnet, billig zu
verkaufen. Buckau, Gärtnerstr. 11, S. 2 Tr.

* Edle Kanarienvogel zu verkaufen bei
Böttgermann, Bangschloßstraße 11.

* Edle Kanarienvogel zu verkaufen
Fahlschloßberg 11, 3 Tr., rechts.

* Kanarienvogel u. Weibchen billig
zu verkaufen Michaelstraße 33 I, Schobel.

Öffentliche Versammlung der Bau-, Erd- u. nichtgewerbl. Arbeiter

am Sonntag, 22. Januar, nachm. 3 Uhr
im Saale des Herrn W. Hirschfeld zu Wittenstedt.

Tages-Ordnung:
1. Welche Ausichten stehen den Arbeitern bevor.
Referent: Genosse Bartels, Magdeburg.
2. Wahl eines Delegierten.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

184

Mitglieder-Versammlung

des Verbandes der

Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

Zahlstelle Neustadt

Sonnabend, den 21. Januar, abends 8 Uhr bei Schall, Fabrikenstr. 5/6.
Referent und Tages-Ordnung werden in der Versammlung bekannt gegeben.
Die Verwaltung.

Achtung!

Der Sudenburger Musik-Verein Fortuna

hält seinen

Maskenball

am Sonntag, den 22. d. Mts., in Venedig im Gasthof zum Deutschen
Kaiser ab. Für große Ueberraschungen ist bestens gesorgt. Anfang 6 Uhr. Karten
sind bei sämtlichen Mitgliedern und im Lokal zu haben. Der Vorstand.

Achtung! Gasthof zum Weißen Hirsche, Wackerhüfen.

Morgen Sonntag: Tanz.

Ergebenst ladet ein

Der Inhaber des Lokals. 178

Hofjäger-Burg.

3475

Sonntag:

Tanz.

Därme

zum Hausflachten empfiehlt

Carl Niewerth
8 Kronprinzenstraße 8.

Gesucht werden:

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis bei
Gewerkschaften Magdeburgs (Klein-
Klosterstraße 15/16): Tischler, Stell-
macher, Kutscher, Schlosser auf Bau und
Bitter, Drechsler und Korbmacher.

Grüße Stepperinnen Vorrichter und Zuschneider

die wirklich perfekt sind, finden
lohnende und dauernde Beschäfti-
gung bei 163

Herm. Grünberg & Co.

Es suchen Stellung:

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis bei
Gewerkschaften Magdeburgs (Klein-
Klosterstraße 15/16): Schlosser, Buch-
binder, Zimmerer, Gelbgießer, Cigarren-
macher, Stuccateur, Bäcker, Schmiede
und Arbeiter für jede Arbeit.

Küchenzettel des Lehrerinnen- und
Damenheims,
Breiteweg 82, 1 Tr.

Sonnabend: Kartoffelsuppe, Reispudding
mit Fruchtsoße.

Küchenzettel der Magdeburger
Volksküchen

Hauptwache 5 und Schmidtstr. 61.

Sonnabend: Graupensuppe mit Hammel-
fleisch.

Bess. Log. f. e. S. Knochenhauerstr. 87 S. III

* Logis für einen Herrn Wilhelmstadt
Querstraße Nr. 6.

* Freundliches Logis zu verm. Thier-
straße 14, vorn, par. 1. Etg.

Frdl. Logis Kottb. Str. 34/35, v. 2 Tr., r.

Inserate

sowie

Abonnements Volksstimme

nimmt entgegen

August Kassner
Klosterstraße 15/16.

Frau Anna Hoppe zu ihrem 20. Ge-
burtstage die herzl. Gratulation. — Die
Liebe hat sich noch nicht verändert. 39

* Koll. Gustav Wende, f. 34. Geburtstage
e. Lebens. Seine Freunde F. H. F. S. W.

Wilhelm-Theater.

Sonnabend, den 21. Januar 1899:
Sein Trieb.
Schwan in 3 Akten von Jacobson.

Stadt-Theater.

Sonnabend, den 21. Januar 1899:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten. Musik von Sidney Jones.

Sonntag, den 21. Januar 1899:
Anfang 3 Uhr. Gemäßigter Preise.
Auf allgemeines Verlangen:

Das Erbe.
Schauspiel in 4 Aufzügen von F. Philipp.

Abend-Vorstellung:
Entführung aus dem Serail.
Oper in 3 Akten von Mozart.

Hierauf:
Bergheimmicht.
Lanzmärschen in 3 Bildern von H. Hegel
und D. Thieme. Musik von H. Goldberger.

Zu Vorbereitung:
Fuhrmann Geutschel. Von Gerhardt
Hauptmann.

Walhalla-Theater.

Jeden Abend:
**Große Künstler-
Spezialitäten-Vorstellung.**

Cirkus- Theater.

Neuer sensationeller Spielplan!

Neue Schlager!

Vorverkauf- und Saison-
karten sind gültig.

Parlamentarische Nachrichten.

Die Verhandlungen im Reichstage.

(Schluß der Sitzung am Mittwoch.)

Zur Veratung steht der Antrag **Hagster (Soz.) und Gossen:** Der Reichstag wolle beschließen, die verblüdeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen:

I. die Errichtung von Gewerbegerichten obligatorisch gemacht und deren Zuständigkeit auf die Entscheidung von Streitigkeiten ausgedehnt wird, die aus dem Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis aller im Gewerbe, Bergbau, in der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei im Handel und Verkehr oder als Gehilfen beschäftigten Personen entstehen;

II. die Teilnahme an den Wahlen und die Berufung zu Mitgliedschaften eines Gewerbegerichts auf die in den genannten Berufen beschäftigten weiblichen Personen ausgedehnt wird;

III. die Vererbung des Wahlrechts und der Wählbarkeit auf das vollendete zwanzigste Lebensjahr herabgesetzt wird.

Dagegen beantragen die Abgg. **Trimborn und Hise (Centrum):** Der Reichstag wolle — unter Ablehnung des Antrags Hagster und Gossen — beschließen, die verblüdeten Regierungen zu ersuchen:

1. dem Reichstage thunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Prinzipalen einerseits und Handlungsgehilfen und Lehrlingen andererseits kaufmännische Schiedsgerichte errichtet werden;

2. dem Reichstage eine Novelle zu dem Gesetz, betreffend die Gewerbegerichte, vorzulegen zu dem Zwecke:

a) eine geordnete Aufstellung der Wählerlisten vorzusehen;

b) die Errichtung von Gewerbegerichten obligatorisch zu machen, soweit nicht die Bundesregierung wegen mangelnden Bedürfnisses Ausnahmen gestattet;

c) die Kompetenz der Gewerbegerichte als Einigungsämter (§ 60 des Gesetzes, betreffend die Gewerbegerichte) dahin zu erweitern, daß dieselben auch ohne Anrufen der streitenden Parteien für die Beilegung der Streitigkeiten wirken können.

Abg. Zubeil (Sozialdemokrat):

Die Einführung des Gewerbegerichts hat alle Sympathien der Arbeiterklasse für sich. Wenn es aber den erhofften Nutzen bringen soll, muß der Kreis seiner Wirksamkeit mehr ausgedehnt werden und die Errichtung von Gewerbegerichten darf nicht mehr wie bisher in das Belieben der einzelnen Magistrate gestellt werden.

Für die Notwendigkeit des Gewerbegerichts spricht folgendes: Von 13 405 Klagen wurden erledigt:

in weniger als 1 Woche	1770	=	13	Prozent,		
"	2	"	5510	=	41	"
"	3	"	2721	=	21	"
"	4	"	1635	=	12	"
in mehr als 4	"	"	1769	=	13	"

Die Arbeiter kommen also meist innerhalb 2 Wochen zu ihrem Recht, was für sie sehr vorteilhaft ist.

Unsere zweite Forderung, das Gewerbegericht auch auf das Gewerbe, das Handelsgewerbe usw. auszudehnen, ist aber nicht minder wichtig. Bis jetzt haben die Handlungsgehilfen, wenn sie das Gewerbegericht anrufen, stets unter dem Kompetenzkonflikt zu leiden gehabt. Und von höchster Bedeutung ist die Ausgestaltung des Gewerbegerichts nach der Richtung hin, daß die in der Industrie thätigen Arbeiterinnen nicht nur das Recht besitzen, das Gewerbegericht anzurufen, sondern auch das aktive und passive Wahlrecht dazu erhalten, damit ihre Klagen von Sachverständigen erledigt werden

Uebervölkerung.

Die Furcht vor Uebervölkerung war am Anfange des Jahrhunderts allgemein und sogar wissenschaftlich anerkannt. Die Nationalökonomien der damaligen Zeit waren fest davon überzeugt, daß das ungeheure Elend, welches in jener Zeit besonders in England herrschte, nicht eine Folge der jungen und ungezügelter Kapitalistischen Produktionsweise, sondern des Leichtsinns der Arbeiterklasse sei, die eine größere Zahl von Kindern in die Welt setze, als sie zu ernähren vermöge.

Auch heute finden wir ab und zu noch Leute, die, wenn man auf das Elend breiter Arbeiterschichten hinweist, sofort mit der Antwort bei der Hand sind, daß dieses Elend von der Uebervölkerung herrühre, daß eben zu viel Menschen auf Erden vorhanden seien.

Die Bevölkerungsfrage war und ist ein Gegenstand von größter Wichtigkeit und es giebt keinen Nationalökonom, keinen Sozialisten von Bedeutung, der sich mit ihr nicht eingehend beschäftigt hätte.

Schon der Vater der modernen Nationalökonomie, Adam Smith, unterzog im ersten Buch seines Wertes „Wealth of nations“ (1776) die Bevölkerungsfrage einer eingehenden Untersuchung. Er war der Meinung, daß die Menschen wie die Tiere sich solange fortgesetzt vermehren, als Nahrungsmittel vorhanden sind. Erst der Mangel an Nahrungsmitteln setze sowohl der Vermehrung der Menschen, wie auch der Tiere unübersteigbare Schranken. In welcher Weise schränkt nun der Nahrungsmangel oder, was gleichbedeutend ist, die Armut die Vermehrung der Menschen ein? Adam Smith konnte in seiner 8den und armenjünglichen schottischen Heimat sehr gut beobachten, daß die Armut die Zahl der Geburten nicht vermindert, sondern vergrößert. Die halb verhungerten Frauen des schottischen Hochlandes, so sagt er, gebären in der Regel 10, oft 20 Kinder, während die wohlgenährten Damen der Londoner Bourgeoisie oft nicht einem, selten aber mehr als 3 Kindern das Leben zu geben vermögen. Die reichliche Ernährung scheint bei den Frauen der besitzenden Klassen wohl die Leidenschaft zu entflammen, dagegen aber die Zeugungsfähigkeit zu ersticken, denn die Unfruchtbarkeit, welche unter den Arbeiterfrauen so selten ist, findet sich bei den Frauen der besitzenden Klasse sehr häufig. Wenn nun auch die Armut die Geburten nicht vermindert, so zeigt sie sich doch der Erhaltung der Kinder äußerst

feindlich. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß die Arbeiterinnen, die sich über Zurückbehaltung des Arbeitslohnes, Einbehaltung von Zeugnissen, von Arbeitsbüchern oder über unbillige Anträge beschweren, nicht selbst darüber mitzuentcheiden haben, sondern dies ausschließlich Männern überlassen müssen.

Die Gewerbeinspektionsberichte beweisen, daß die weiblichen Arbeiter nicht in der Abnahme sondern in der Zunahme begriffen sind. Da muß man doch den weiblichen Arbeitern auch ein Mitbestimmungsrecht einräumen, wo es sich um ihre eigenen Interessen handelt. In Oesterreich ist jetzt ein neues Gewerbegerichts-gesetz erlassen worden, das zahlreiche Fortschritte in unserem Sinne enthält. Dort ist das Gewerbegericht auch zuständig bei Streitigkeiten die aus Mietsverhältnissen entstehen. Das ist wichtig für Arbeiterwohnungen. Sowohl in staatlichen wie in privaten Betrieben macht sich das Bestreben geltend, die Arbeiter durch Arbeiterwohnungen an die Scholle zu fesseln. Gewöhnlich sind aber die Kontrakte so abgefaßt, daß mit der Kündigung aus irgend welchen Gründen auch die sofortige Kündigung der Wohnung verbunden ist. In Oesterreich sind ferner alle Handelsangestellten dem Gewerbegericht unterstellt. — Nun wird über die Einigungsämter gellagt. Wenn diese aber bisher für keine erproblichen Thätigkeit gelangen konnten, so liegt das daran, daß ihre Entscheidungen keine rechtsverbindliche Kraft haben (sehr richtig! links). Wir wollen ihnen diese zuerkennen. Ferner wünschen wir eine Entlastung der Innungsgerichte zu Gunsten der Gewerbegerichte. Ich bitte Sie, unsere Anträge anzunehmen und ihre „Liebe“ für das arbeitende Volk dadurch zu betätigen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Auf Antrag des Abg. **Müller (natl.)** wird folgender Antrag **Wassermann (natl.)** mit zur Debatte gestellt: Die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Prinzipalen und Handlungsgehilfen resp. Lehrlingen kaufmännische Schiedsgerichte errichtet werden.

Abg. Dr. Erlmann (Centrum):

Auch wir sind für den Ausbau der Gewerbegerichte, doch geht uns der Antrag der Sozialdemokraten zu weit. Die Errichtung von Gewerbegerichten müßte vorgeschrieben sein und nur der Landesbehörde das Recht erteilt werden, wegen mangelnden Bedürfnisses in einzelnen Fällen Dispens zu erteilen. Den Frauen das Wahlrecht zu erteilen, liegt vorläufig kein Bedürfnis vor. Für die Handlungsangestellten müssen besonders organisierte kaufmännische Schiedsgerichte geschaffen werden.

Was die Verleihung des Wahlrechts an Personen betrifft, die das 20. Lebensjahr erreicht haben, so ist diese Frage noch nicht weit genug zu einer Entscheidung. Das jetzige Verfahren bei den Wahlen zu den Gewerbegerichten ist aber unbillig und ungerecht und bedarf einer Reform. Dabei muß erwogen werden, ob in die zweite Instanz, die die Berufung gegen Urteile der Gewerbegerichte in Händen hat, nicht das Laienelement mit hineinzuziehen ist. Auch müßte dem Gewerbegericht das Recht der Initiative von der Gesetzgebung verliehen werden, denn meiner Ansicht nach soll es hauptsächlich ein Einigungsamt sein. Ich bin nicht, wie der Abg. Zubeil, der Ansicht, daß dem Gewerbegericht Zwangs-

mittel zur Durchführung des Schiedspruches in die Hand gegeben werden sollen. Kurz, wenn ich mir all die vorliegenden Anträge ansehe, so finde ich, daß mein Antrag der vernünftigste ist (Heiterkeit), und deshalb bitte ich Sie, ihn anzunehmen. (Bravo! im Centrum.)

Staatssekretär des Reichsjustizamtes Meberding:

Der Herr Vorredner hat an mich die Frage gerichtet, wie weit die Vorarbeiten über die Ausgestaltung der kaufmännischen Schiedsgerichte gediehen sind. Sie sind noch nicht zum Abschluß gebracht und ich kann nicht verhehlen, daß im Laufe dieser Verhandlungen große Meinungsverschiedenheiten zu Tage getreten sind. Einmal ob die Schiedsgerichte den Amtsgerichten oder den Gewerbegerichten angegliedert werden sollen. Und dann entsteht die erste prinzipielle Frage, ob das, was man dem kaufmännischen Gewerbe zubilligt, nicht auch anderen Klassen ebenso zugestanden werden müßte. Drittens fragt es sich — und das ist sehr wichtig —, ob nicht Amtsgerichte, namentlich solche in kleineren Orten, in ihrer ganzen Existenz dadurch geschädigt werden. Ich kann also, wenn auch die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gelangt sind, versichern, daß alles weitere eingehend und ernst geprüft werden wird.

Abg. Freiherr v. Stumm (Rechtsp.), auf der Tribüne schwer verständlich:

Die Meinungen über die Wirksamkeit der Gewerbegerichte sind sehr verschieden, nach meiner Ansicht wiegt ihr Wert die Kosten nicht auf. Die Arbeitgeber rufen nur selten die Gewerbegerichte an, das zeigt, daß sie wenig Vertrauen zu ihnen haben. Nicht nur die Arbeitnehmer unter den Besitzern sind Sozialdemokraten, sondern vielfach auch die Arbeitgeber. Die Gefahr partieller Urteile ist doch dadurch eine sehr große. Jede Wahl auf Grund des gleichen geheimen Wahlrechts ist dazu angethan, die Leidenschaften zu verschärfen, die Gegenätze zu verschärfen. Die obligatorische Einführung der Gewerbegerichte und die Ausdehnung ihrer Zuständigkeit auf die Landarbeiter ist sehr bedenklich. Die Sozialdemokratie hat bisher mit ihrer Landagitation schlechte Geschäfte gemacht (Heiterkeit und Widerspruch bei den Sozialdemokraten) und will deshalb, daß ihr dies Gesetz die Landagitation erleichtert. Wir können, ja die Mehrheit des Hauses nicht zwingen, ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, wie wir es wünschen, anzunehmen. Aber so lange ein solches nicht besteht, werden wir in die Regierung dringen, keinen Gesetze ihre Zustimmung zu geben, daß die Autorität, die Macht der Sozialdemokratie über die Arbeiterklasse erhöht. Denn die Sozialdemokratie ist die schlimmste Feindin der Arbeiterklasse. (Bravo! rechts, Lachen links.)

Abg. Stibert (natl.):

Wir können mit Herrn v. Stumm in seinem Urteile über die Gewerbegerichte nicht übereinstimmen. Auch in den Kreisen der Unternehmer weiß man, wie segensreich die Gewerbegerichte wirken.

Einer Ausdehnung der Gewerbegerichte im Sinne des Antrags Hagster müssen wir aber entgegen treten. Die Verleihung des Wahlrechts an Frauen betrachten wir als schädlich; die Frauen haben genügend andere Gebiete, wo sie sich betätigen können. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Sie selbst (zu den Sozialdemokraten) haben ja auf

des Malthusischen Wertes vergangen sind, liegt es nahe, einmal zu prüfen, in wie weit die Thatsachen des Lebens der Malthusischen Theorie, nach welcher die Bevölkerung bedeutend schneller anwachsen sollte, als die Menge der verfügbaren Lebensmittel, Recht geben.

Wenn wir uns von dem nebeligen und düsteren England, dem Mutterlande der Malthusischen Theorie, nach dem sonnigen und fröhlichen Frankreich wenden, so tritt uns hier die Erscheinung entgegen, daß die Bevölkerung nicht nur nicht wächst, sondern Jahr für Jahr zurückgeht, trotz der starken Einwanderung fremder Elemente. Wenn wir nach dem Grund dieser Erscheinung fragen, so erfahren wir, daß keineswegs eine so außerordentliche Kindersterblichkeit die Ursache des Bevölkerungsrückganges ist, sondern die niedrige Geburtenziffer. Die wohlhabenden Bauern, der Mittelstand und die gut bezahlten Arbeiterschichten Frankreichs wollen keine große Kinderzahl und haben fast alle das Zweikindersystem acceptiert. Das Problem, das sich heute den Staatsmännern Frankreichs bietet, ist nicht den Gefahren der Uebervölkerung, sondern der Entvölkerung zu entgehen. Aber die Gefahr einer langsamen Entvölkerung ist keineswegs auf Frankreich beschränkt. Dieselbe Erscheinung tritt uns mehr oder weniger deutlich ausgeprägt in ganz Westeuropa entgegen. Während z. B. in England die Geburtenziffer im Jahre 1876 36 1/2 pro Tausend der Bevölkerung betrug, belief sich die Zahl im Jahre 1896 nur noch 31 pro Tausend. Wie in Frankreich, so sind es auch in England nicht die ärmsten, sondern die verhältnismäßig wohlhabenden Kreise, der Mittelstand und die gut bezahlten Arbeiterschichten, die die niedrigste Geburtenziffer aufweisen.

Als Adam Smith sein berühmtes Werk schrieb, da steckte die kapitalistische Produktionsweise noch in den Kinderschuhen. 22 Jahre später, im Jahre 1798, als der Kapitalismus in England bereits seinen Siegeszug angetreten, als sich, wie durch den Schlag eines Zaubersabes, ein Wald rauchender Fabriksschöte zum Himmel erhob, als Scharen von Bauern, die von ihrem Lande vertrieben, und Haufen von Handwerkern, die durch die Maschinen brotlos gemacht, hungernd, frierend und bettelnd die Lande durchstreiften, als eine zügellose Profitwut alle Bande der Gesellschaft zu lösen schien, da fand sich ein Lobredner des Kapitalismus, der Pflanze Malthus, der beweisen wollte, daß alles Elend nur von dem furchtbaren Leichtsinne der Arbeiter herrühre, die mehr Kinder in die Welt setzten, als sie ernähren konnten.

Malthus fand mit seiner Lehre den jubelnden Beifall der Bourgeoisie, die sich durch die Malthus'sche Lehre aller Verantwortung für das Elend des arbeitenden Volkes entbunden glaubte.

Malthus schmiedete der Bourgeoisie durch seine kapitalistische Deutung der Lehren Adams Smiths zugleich die Waffen zur Bekämpfung der aufstrebenden Gewerkschaften. Was nicht es, so riefen die Anhänger Malthus', wenn man den Arbeitern einen höheren Lohn gäbe, die Folge davon würde nur sein, daß eine größere Zahl der Kinder, die sie in so überreicher Weise in die Welt setzten, am Leben erhalten bliebe und so die schon vorhandene Uebervölkerung, die Ursache aller Uebel, noch vergrößert würde. Damit es aber den Arbeitern unmöglich gemacht werde, sich durch die gewerkschaftliche Organisation höhere Löhne zu erzwingen, schuf man das drakonische Koalitionsverbot von 1800, wonach jeder, der zu einem Streik anreizte, mit Zuchthaus bestraft wurde. Heute, nachdem 100 Jahre seit dem Erscheinen

des Malthusischen Wertes vergangen sind, liegt es nahe, einmal zu prüfen, in wie weit die Thatsachen des Lebens der Malthusischen Theorie, nach welcher die Bevölkerung bedeutend schneller anwachsen sollte, als die Menge der verfügbaren Lebensmittel, Recht geben.

Wenn wir uns von dem nebeligen und düsteren England, dem Mutterlande der Malthusischen Theorie, nach dem sonnigen und fröhlichen Frankreich wenden, so tritt uns hier die Erscheinung entgegen, daß die Bevölkerung nicht nur nicht wächst, sondern Jahr für Jahr zurückgeht, trotz der starken Einwanderung fremder Elemente. Wenn wir nach dem Grund dieser Erscheinung fragen, so erfahren wir, daß keineswegs eine so außerordentliche Kindersterblichkeit die Ursache des Bevölkerungsrückganges ist, sondern die niedrige Geburtenziffer. Die wohlhabenden Bauern, der Mittelstand und die gut bezahlten Arbeiterschichten Frankreichs wollen keine große Kinderzahl und haben fast alle das Zweikindersystem acceptiert. Das Problem, das sich heute den Staatsmännern Frankreichs bietet, ist nicht den Gefahren der Uebervölkerung, sondern der Entvölkerung zu entgehen. Aber die Gefahr einer langsamen Entvölkerung ist keineswegs auf Frankreich beschränkt. Dieselbe Erscheinung tritt uns mehr oder weniger deutlich ausgeprägt in ganz Westeuropa entgegen. Während z. B. in England die Geburtenziffer im Jahre 1876 36 1/2 pro Tausend der Bevölkerung betrug, belief sich die Zahl im Jahre 1896 nur noch 31 pro Tausend. Wie in Frankreich, so sind es auch in England nicht die ärmsten, sondern die verhältnismäßig wohlhabenden Kreise, der Mittelstand und die gut bezahlten Arbeiterschichten, die die niedrigste Geburtenziffer aufweisen.

Die Malthusische Theorie, die beweisen wollte, daß die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter völlig nutzlos seien, weil jede Lohnerhöhung eine Zunahme der Bevölkerung nach sich ziehe, kann heute als durch die Thatsachen widerlegt betrachtet werden. Gerade das Gegenteil ist der Fall! Nach den Untersuchungen von Quetelet in Brüssel, Farr in London, Schwabe in Berlin, Billerme und Benoitson de Chateauf in Paris kann man nicht länger daran zweifeln, daß die Malthus'sche Theorie in der That entlohnten Klassen stattfindet und daß ein niedriger Lohn eine gesteigerte Verleitung zu einer übermäßig großen und regellosen Geburtenzahl ist. —

zeigt sie sich doch der Erhaltung der Kinder äußerst

Ihren Parteilage in Stuttgart die beiden Frauen, die dort aufgetreten sind, niedergeschrien. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten; die nächsten Sätze des Redners selbst unverständlich.) Auch die Herabsetzung der Altersgrenze für die Wählbarkeit geht viel zu weit.

Wg. Schwabes (Freif. Wg.):

Die Gewerbeberichte sind Mittel zur Herbeiführung des sozialen Friedens. Die Sozialdemokraten, die in die Gewerbeberichte kommen, gewöhnen sich daran, die bestehenden Verhältnisse unbefangener zu prüfen. Die Ausdehnung der Gewerbeberichte ist daher auch unsympathisch, aber der Antrag Kistler geht da entschieden zu weit; die obligatorische Einführung geht nicht so einfach, hauptsächlich bei kleinen Gemeinden; auch sind 20 jährige Richter keineswegs wünschenswert.

Hierauf wird die Wetterberatung verfragt.
Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Etatsberatung, beginnend beim Nachsamt des Innern.)
Schluss 5 Uhr.

Soziales.

Mit einem vollen Siege der Arbeiter hat in Dresden der Konflikt der Droschkensführer 1. Klasse mit ihren Unternehmern geendet. Das strenge Zusammenhalten der Kutscher hat den Unternehmern denn doch Respekt eingebläht, sie mußten erkennen, daß man auch mit „gewöhnlichen“ Droschkensführern nicht ganz nach Belieben umspringen kann. In einer stürmischen Sitzung der Unternehmervereinigung am Sonnabend wurde beschlossen, den famosen „Dienstvertrag“, der den Stein des Anstoßes bildete, zurückzuziehen. So ist dem auch die mit großem Tam-Tam für Sonntag angeordnete Aussperrung aller nicht zu Kreuze kriechenden Kutscher unterblieben. Nur eine Maßregelung ist zu beklagen. Aus dem ganzen Verlauf der Angelegenheit ist wieder einmal zu ersehen, wie nur durch festen Zusammenhalt, durch gute Organisation, die Arbeiter in der Lage sind, unwürdige Zumutungen des Unternehmertums zurückzuweisen. Auch die Arbeiter anderer Berufe sollten sich aus solchen Vorgängen eine Lehre nehmen.

Die Berliner Ringfuhrer haben ihre Drohung, sämtliche Droschkensführer auszusperrn, zurückgezogen.

Für die Auszahlung der Löhne minderjähriger Arbeiter an deren Eltern oder Vormünder, wodurch einerseits die jungen Arbeiter vor leichtsinnigem Lebenswandel bewahrt und andererseits die Autorität der Familie gekräftigt werden soll, sind die Industriellen durchaus nicht begeistert. Die Versuche der Regierungsbehörden, die Gemeinden oder weiteren Kommunalverbände zum Erlaß von statutarischen Bestimmungen zu bewegen, die sich auf die Auszahlung der Löhne minderjähriger Arbeiter an deren Eltern oder Vormünder beziehen, scheiterten an vielen Stellen gerade an dem Widerspruch der Industriellen. Der hauptsächlichste Grund ist natürlich nicht, daß die Fabrikanten etwa ein besonderes Wohlwollen für die minderjährigen Arbeiter übrig hätten, sondern man ist gegen die Maßregel, weil mit ihr Unbequemlichkeiten verbunden sind. Zum Teil ist die Durchführung der Lohnauszahlung an Eltern oder Vormünder aber überhaupt nicht möglich. Die Handelskammer in Essen weist im letzten Jahresbericht darauf hin, daß in ihrem Bezirke die Arbeiter aus allen Teilen Deutschlands zusammengeströmt sind. Ferner wird angeführt, daß auch bei den angefahrenen Arbeiterfamilien die Sitte vielfach nicht stark genug gewesen ist, minderjährige Arbeiter bei ihren Eltern zu halten, daß sie vielmehr häufig aus dem Familienkreise ausscheiden und als Kostgänger bei fremden Leuten leben. Eine durchgreifende statutarische Regelung würde daher auf die allergrößten Schwierigkeiten stoßen und statt der erhofften Vorteile wahrscheinlich große Unzufriedenheit im Gefolge haben. Als vor Jahren die Regierungspresse für die in Rede stehende Maßregel Klame machte, ist von den Blättern unserer Partei eindringlich darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Hoffnungen, die man auf die Maßregel setzte, an den wirtschaftlichen Thatsachen scheitern müßten. Wie recht die Sozialdemokratie hatte, zeigt die Verlegenheit, in der sich jetzt die Regierungsbehörden befinden.

Einen Bericht über die Unterbringung der Kinder von Wanderarbeitern hat, wie die Berliner Volkszeitung erfährt, der Regierungspräsident in Marienwerder eingeholt, weil es vorgekommen sei, daß diese sogenannten Sachkinder ihre Kinder während ihrer Abwesenheit zu Heuten in Pflege gäben, die weder für die körperliche noch sittliche Entwicklung der Kinder sorgten. Sollen die Kinder auf staatliche Kosten verpflegt und erzogen werden oder sollen sie den Eltern genötigt werden, ihre Kinder mitzunehmen, oder es ihnen erspart werden, bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse im Westen zu suchen? Die „Kinderfürsorge“ der westpreussischen Regierung hat den fatalen Fuchtelgeruch des Agrarierthums das immer neue Kniffe und Pisse austellt, um die bei. Lohndrückern von Nr und Halm verhäßte Sachkinder einzuschränken und zu erschweren.

Subiläum der deutschen Maurer-Organisation. Wie schon früher mitgeteilt, konnte die Organisation der deutschen Maurer am 13. d. M. auf eine 30 jährige Thätigkeit zurückblicken. Die Berliner und die umliegenden Zahlstellen des Centralverbandes der Maurer veranstalteten am Abend des genannten Tages eine Gedankfeier. In großer Zahl waren die Verbandsmitglieder von Berlin und Umgegend zur Feier erschienen, weiter entfernte Orte hatten Deputationen gesandt. Von 50 Zahlstellen waren Begrüßungsgramme eingegangen. Vom Verband ist eine Jubiläumsschrift herausgegeben worden, die die Geschichte der Maurerorganisation behandelt. Danach wurde am 13. Januar 1869 in Berlin eine Centralorganisation: der Allgemeine Deutsche Maurer-Verein gegründet. Der Anfang schien wenig versprechend, denn die 1. Maurer, soweit sie überhaupt Sinn für Organisation

hatten, hielten zu Hirsch-Dunker, oder sie waren Bünfler. Am 10. Juli 1869 hatte der Verein in Berlin schon 2700 Mitglieder. An demselben Tage beschloß eine von 4000 Maurern besuchte Versammlung einen Streik. Es wurde die 11 stündige Arbeitszeit und 1 Thaler Lohn gefordert. Am 16. August war der Streik siegreich beendet. Auf der zweiten Generalversammlung des Vereins, die am 12. Januar 1870 in Berlin stattfand, waren 4279 Mitglieder durch 19 Delegierte vertreten. Während des französischen Krieges ging die Mitgliederzahl zurück. Bald erhob sich der Verein wieder und am 13. Mai 1871 bezifferten 5000 Maurer in Berlin, die zehnstündige Arbeitszeit zu fordern. Wegen dieser Forderung begann am 10. Juli der Streik, der am 27. August mit einem fast vollständigen Siege endete. Im Frühjahr 1872 wurde ein Klub der Püper gegründet, der sich dem Allgemeinen Deutschen Maurer-Verein angeschlossen. Der Püperklub strebte neunstündige Arbeitszeit und einheitliche Recordlöhne, er griff auch in den späteren Lohnkämpfen der Maurer thätig mit ein. — 1872 hatte der Verein 5307 Mitglieder in 20 Orten, davon in Berlin 3215 Maurer, 300 Püper, 90 Dachdecker. 1873 waren auf der Generalversammlung 9889 Mitglieder aus 36 Orten durch 33 Delegierte vertreten. Der Verein nahm damals den Namen: Allgemeiner Deutscher Maurer- und Steinhauser-Verein an. Hiermit hatte die Organisation ihren Höhepunkt erreicht. Es kam die Aera Tessendorf, jene Zeit, wo Polizei und Gerichte alle Arbeiterorganisationen, die sozialdemokratische Ideen propagierten, verfolgten und unterdrückten. 1874 wurde der Verein in Berlin und vielen anderen Orten gerichtlich geschlossen. Die Leitung war schon vorher nach Hamburg verlegt worden. Dasselbst erfolgte im Winter desselben Jahres eine Neugründung unter dem Namen: Allgemeiner Deutscher Maurer- und Steinhauser-Bund. Erneute Verfolgungen und ein allgemeiner Rückgang der Bauhätigkeit ließen die Organisation jedoch nicht mehr zur Blüte kommen. Das Sozialistengesetz konnte an der Maurerorganisation keine zerstörende Wirkung mehr ausüben, denn der Bund war schon vorher in voller Auflösung. — Im Jahre 1881, als die polizeilichen Verfolgungen ein wenig nachließen, wurde in Berlin am 12. Juni der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend, und am 31. Juli der Fachverein der Püper gegründet. — Auf einem 1884 zu Berlin abgehaltenen Kongress wurde eine neue der Zusammenschluß der Maurer Deutschlands angebahnt und eine Centralisation geschaffen, aus der dann im Jahre 1891 der jetzige Centralverband der Maurer Deutschlands hervorgegangen ist. Der Verband zählt jetzt ca. 20 000 Mitglieder.

Zur Lage der Lederarbeiter.

Der Jastrowsche Arbeitsmarkt berichtet: In den meisten Orten Deutschlands ist der Arbeitsmarkt der Lederarbeiter augenblicklich höchst ungünstig. Nur aus dem Süden und Osten des Reichs kommen vereinzelt günstige Nachrichten. So ist die Lage des Geschäfts in Stuttgart in der dort vorherrschenden Lohgerberei eine gute zu nennen. Die am Orte befindlichen 800—1000 Arbeiter sind zur Zeit so ziemlich alle beschäftigt, abgesehen von nicht in Betracht kommenden Ausnahmen. Ueberstunden wurden verhältnismäßig nur wenige gemacht mit Ausnahme derjenigen, die Recordarbeiter auf ihr eigenes Risiko machen und zwar dadurch, daß sie in außerordentlicher Weise schon früh die Arbeitslokale betreten, um auf diese Weise zu einem halbwegs annehmbaren Wochenlohn zu gelangen. Verkürzt wurde in diesem Winter die Arbeitszeit noch nicht, wie dies vor zwei Jahren der Fall war; erhebliche Minderstellungen kommen nicht vor; doch sind die Arbeitgeber gern geneigt, im Spätherbst Lente einzustellen, weil dann ein sogenannter Winterlohn vereinbart wird, wodurch die ersteren zu billigen Arbeitskräften kommen und der Arbeiter mit diesem Lohn das Gleiche leisten muß wie in anderen Jahreszeiten, wozu möglich noch mehr. Der Durchschnittslohn beträgt mit Kost und Logis pro Woche 6—8 Mark, ohne dieselbe 14—17 Mark, die Arbeitszeit dauert von früh 6 bis abends 7 Uhr. Der Andrang zu offenen Stellen ist groß.

Auch in Meiningen und Göttingen, wo Weiß- und Lohgerberei, sowie in Durlach, wo Weißgerberei bezw. Glacelebergerberei zu Hause ist, ist die Lage des Arbeitsmarktes ziemlich gut; Entlassungen sind nicht bekannt, nur entsetzende Lücken werden wieder beseht. In München sind zwar ca. 40 Lederarbeiter teils nur halbe Tage, teils auch überhaupt ohne Arbeit, alle anderen, d. h. etwa 550, sind voll beschäftigt. Vor 8 Wochen wurden viele fremde Arbeitskräfte eingestellt, die aber schon nach 4 Wochen wieder abreisten. Die Arbeitszeit ist zehnstündig.

Sehr beschäftigt sind auch die Arbeiter in sächsischen Orten, z. B. in Crimmitschau, wo braune Schaffelle gegerbt werden; Arbeitslose sind nicht vorhanden, der Zuzug ist nicht bedeutend.

Ganz vereinzelt im Norden steht auch Elmshorn, wo bis auf 3 Fabriken überall voll gearbeitet wird. In diesen 3 Fabriken wird aber gekürzt und zwar mit 6 bis 8 stündiger Arbeitszeit täglich gearbeitet. Auf qualifizierte Arbeit ist der Andrang nicht groß, wohl aber besteht für gewöhnliche Arbeit ziemlich großes Angebot.

Durchweg schlecht ist die Lage an den übrigen Orten, so in Hamburg schon seit mehr denn zwei Jahren. Voll gearbeitet wird nicht; vier Arbeiter, die seit 25 Jahren an den Gehilfen bekannt ist, daß seit Jahren schlechter Geschäftsgang besteht, so ist der Zuzug nicht erheblich. Der schlechte Geschäftsgang entstand einerseits durch die Einführung anderer feiner Oberledersorten, die durch ein neues beschleunigtes Gerbverfahren hergestellt werden, andrerseits durch die Einführung von Maschinen, wodurch die Zahl der

Beschäftigten seit Jahren zurückgegangen ist und voraussichtlich noch weiter zurückgeht.

Nicht viel besser stehen sich die Gerbereiarbeiter in A t t o n a, wo etwa 20 wöchentlich arbeitslos sind. Namentlich ist die Lage der Rindleder-Branche schon seit über Jahr und Tag eine sehr schlechte; die Arbeiterzahl ist ganz erheblich reduziert und die noch thätigen zum Teil nur halb beschäftigt.

Dasselbe gilt von den Verhältnissen in Bremen in der Rindleder-Fabrik. Dasselbst wird nur von 8 1/2—4 1/2 Uhr gearbeitet, während in den anderen Geschäften der Lederbranche 10 Stunden gearbeitet wird. Die Nachfrage nach ungelerneten Arbeitern ist stärker als die nach gelernten.

Die Lederarbeiter und Lederzurichter in Berlin sind zwar bis auf 10 Mann beschäftigt; aber die Geschäftslage ist nicht günstig. Die Löhne schwanken zwischen 21 und 30 Mark pro Woche.

In Burg und Magdeburg ist die Lage des Geschäftes eine sehr schlechte, dabei ist der Andrang nach Magdeburg sehr stark, er schwankt monatlich zwischen 100 bis 150 Kollegen. Bei einigermaßen gutem Geschäftsgang werden dann viele neue Arbeiter eingestellt, aber auch nach Effektivierung der Aufträge ebenso viele wieder ebenso schnell entlassen.

In Kassel sind in einer Fabrik alle Arbeiter voll, in der anderen nur verkürzt beschäftigt, die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse sind ziemlich gedrückt.

Die Arbeiter in Schkeuditz, die in der Rauchwarenzurichterei thätig sind, haben augenblicklich sehr wenig zu thun, nur vier Monate im Jahre ist Saison; die Arbeitszeit ist nach Verbüdigung der Saison, die von Februar bis Pfingsten dauert, eine sehr kleine, doch ist infolge des vereinbarten Tarifs das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einigermaßen zufriedenstellend geregelt.

Gerichtliche Urteile.

Der Wert der anonymen Anzeigen wurde wiederum in einer Anklage behauptet, welche vor einigen Tagen vor der 3. Strafkammer des Berliner Landgerichts I verhandelt wurde. Am 6. Oktober v. J. ging bei dem Polizei-Präsidenten eine Anzeige ohne Unterschrift ein, worin mitgeteilt wurde, daß der Kellner Bruno Meier in dem Kellnerischen Schanklokal am Kolonnenufer am Tage zuvor eine unflätige Bemerkung mit Bezug auf den Kaiser gethan habe. Als Fesseln wurden verschiedene Wäse und auch die Wirtin des Lokales genannt. Ein Kriminalbeamter wurde mit den Ermittlungen betraut. Auch nicht eine einzige der genannten Personen hatte etwas von der fraglichen Majestätsbeleidigung gehört. Dem ließ der Beamte den Kellner M. laden in der Annahme, daß dieser das Opfer einer wirklich falschen Anzeige geworden sei. Aber zur Verwunderung des Beamten räumte der Geladene sofort ein, die Majestätsbeleidigung ausgestoßen zu haben. Es mußte deshalb Anklage gegen ihn erhoben werden. Im Termin widerrief der Angeeschuldigte sein Geständnis. Er sei am Tage seiner Vernehmung infolge häuslichen Stenids in einer verzweifelten Stimmung gewesen und da habe er denn ohne weiters die ihm vorgehaltene Majestätsbeleidigung zugegeben. Es wäre ihm gleichgültig gewesen, wenn man ihn sofort verhaftet hätte. Da diese Behauptung nicht zu widerlegen war, so mußte ein freisprechendes Urteil erfolgen, aber mit dem besonderen Hinweise, daß der Angeklagte sich selbst zuzuschreiben habe, daß die Anklage gegen ihn erhoben worden war.

Wegen Bedrohung und Majestätsbeleidigung wurde der Arbeiter August Meyer aus Schlanow von der Strafkammer in Landsberg a. W. zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte am 18. und 19. Dezember v. J. mit seinem Hauswirt Differenzen, dabei ruhestörenden Lärm gemacht und gegen den Hauswirt Drohungen ausgestoßen. Hierfür wurden ihm 2 Monate Gefängnis zubilligt. Für die unsinnigen Redensarten dagegen erhielt er sechs Monate Gefängnis.

Si, Bruder, nimm den Wanderstab, Soldat bist Du gewesen. Als ein Curiosum, das aber gleichzeitig zu denken giebt, verdient aus der Sitzung der Strafkammer in Hof ein Fall herausgerissen zu werden. Er betrifft einen alten, im Jahre 1822 geborenen arbeitsunfähigen Mann Namens Wütschel, der wegen seiner Gebrechlichkeit seit Jahren ein stadtbekanntes Gesundheitsbittler ist. Mit einem Militär-Ehrenkreuz geschmückt, mühsam am Stocke sich fortbewegend, dazu dreiviertel taub, erschien er vor der Strafkammer als Berufungsberber. Er will die letzte vom dortigen Schöffengericht wegen Bettelns gegen ihn erkannte Haftstrafe nicht annehmen, weil er sie schon abgesehen habe. Die Akten wissen nichts davon, und die Berufung wurde infolge dessen verworfen. Doch selbst der Staatsanwalt war der Meinung, daß der Mann sich irren könne; bei seinen 106 Vorstrafen, meist wegen Bettelns, sei es wohl möglich, daß W. seine Verurteilungen und die dafür verbüßten Strafen nicht mehr auseinanderhalten könne. Aber — diese Frage drängt sich unwillkürlich auf — warum wird die Heimatgemeinde des Bedauernswerten nicht angehalten, ihn für den Rest seiner Tage eine andere, dauernde und bessere Versorgung zu geben, als wie sie die zeitweilige Unterkunft im Gefängnis sein kann? Um einen armen Teufel kümmert sich eben niemand. Wird er beim Betteln abgefaßt, so verurteilt ihn die Justiz zu einer angemessenen Freiheitsstrafe. Dann läßt man den Ärmsten wieder laufen, die Not treibt ihn, neuerdings zu betteln, und der Kreislauf Polizei, Gerichtssaal, Arrestlokal beginnt aufs neue. Aber immer trägt der alte Bettler das Militär-Ehrenkreuz auf dem zerrissenen Kittel.

Handel und Industrie.

Herzog-Westfälisches Kohlenjudikat. Nach der in der Bechenbesitzer-Versammlung vom 10. Januar gemachten Mitteilung beträgt die thätigkeitsmäßige Förderung einschränkung für den Monat Dezember 1898 = 3,98 Prozent.

Gegen das Jahr 1897, für welches sich die durchschnittliche Fördereinschränkung auf 6,02 Prozent stellte, hat sich dieser Satz erhöht, er stellt sich nämlich auf 7,49 Prozent im Durchschnitt. Bei der endgültigen geldlichen Abrechnung dürfte die durchschnittliche Fördereinschränkung für 1898 noch eine Ermäßigung erfahren durch Abziehung derjenigen Mengen von den Beteiligungsgeldern, für welche den Beschenkungsträgern vorlagen, welche aber von den ersteren durch eigenes Verschulden nicht ausgeführt werden konnten. So trat nachträglich für 1897 eine Ermäßigung auf 2,2 Prozent, 1896 auf 7,31 Prozent ein.

Vereinigung von Vorrat-Gesellschaften. Die jüngst erwähnte Umalgamierung der größten Vorrat-Erzeuger Englands ist nun in ihr letztes Stadium getreten. In diesen Tagen tritt in London die Vorrat Consolidated Company ins Leben, welche ungefähr ein Duzend der größten Vorrat-Erzeuger umfaßt. Das Aktienkapital beträgt 2.400.000 Pfd. Sterl. Als Profit wird für die letzten Jahre durchschnittlich 165.000 Pfd. Sterl. per Jahr ausgewiesen. Die Emission ist gegen eine Provision von 2 1/2 Prozent bereits garantiert worden.

Die Trusts und der Sozialismus. In die gesetzgebende Versammlung des Staates Massachusetts sind, zum ersten Male in Amerika, zwei ausgesprochene Sozialisten gewählt worden, und ein dritter hatte große Aussicht, gewählt zu werden. Die Stadt Haverhill, der Sitz einer blühenden Schuhindustrie, hat den anderen Wahlfreien dieses rühmliche Beispiel gegeben. Der Korrespondent eines englischen Blattes macht nun für das Aufkommen des Sozialismus in Amerika die Trusts oder Monopole verantwortlich. Er sagt nach Angabe des hamburgischen Korrespondenten: Der Bericht des statistischen Amtes beweist, daß trotz der Konkurrenz der im Süden entstandenen Baumwollfabriken die Baumwollarbeiter des Staates Massachusetts ökonomische Fortschritte zu verzeichnen haben. Ihre Löhne sind gestiegen, und sie haben mehr produziert per Kopf als früher. Man sollte glauben, daß jetzt Zufriedenheit unter den Lohnarbeitern von Massachusetts herrschen werde! Weit entfernt! Was ist die Ursache? Das immense Wachstum der Monopole. Wenn die eine Hälfte des industriellen Kapitals einer Nation in lauter Monopolen angelegt ist, sind die Aussichten der Arbeiterklasse nicht sehr glänzend. Wie sollen die Arbeiter dagegen aufkommen? Sie müssen zu dem Glauben kommen, daß es kein anderes Heilmittel giebt, als daß der Staat die Kontrolle über das industrielle Kapital übernimmt, das sich jetzt in privaten, nicht verantwortlichen Händen befindet. Die Arbeiter von Massachusetts wissen es natürlich schon längst, daß alle Versuche, „Trusts“ zu zerbrechen, völlig vergeblich sind, daß es sich um weiter gar nichts handelt, als Staatsgewalt über Sklaverei. Man kann mit Recht sagen, daß sich die Vereinigten Staaten bezüglich der Arbeiterfrage in einer Gärung befinden. Man dürfte sich nicht wundern, wenn sie sich in eine neue Richtung wendete. Noch verwickelter wird die Sache dadurch, daß die amerikanischen Arbeiter glauben, die Folge der neuen Gebietserwerbungen werde sein, daß sie die Konkurrenz der billigen Arbeiter von Cuba, Portorico und den Philippinen (besonders den letzteren) zu bestehen haben dürften. Der cubanische Zucker mag den Bouillanas aus dem Markt treiben und der Tabak der Philippinen den der tabakbauenden südlichen Staaten der Union verdrängen.

Kleine Chronik.

Auf einem Valle geboren wurde am Montagabend ein kranker Berliner Junge, der mitten im edlen Karnevalsstund ist. Einer größeren Privatgesellschaft, welche im Norden Berlins anlässlich des 25-jährigen Dienstjubiläums eines Beamten stattfand, wohnte auch der Hünherger Ludwig E. aus der Müllerstraße in Gesellschaft seiner Gattin bei. Die in anderen Umständen befindliche Frau nahm an den Anstalten nicht teil, ließ sich aber nach einigen Sträuben, da es an Tänzerinnen fehlte, bewegen, einen Contre mitzumachen. Bald nachdem sie auf ihren Platz zurückgekehrt, klagte sie über heftige Schmerzen und fühlte ihre schwere Stunde nahen. Sie wurde in der Privatwohnung der Gastgeber untergebracht und genau kurz darauf, noch ehe man eine Witzens herbeigeht, in einem an den Ballsaal anstoßenden Zimmer, eines Knaben. Der in einer so ungewöhnlichen Umgebung zur Welt gekommene Junge wurde, gleich nach seinem Eintritt ins irdische Dasein, von der Tanzgesellschaft mit einem stolzen Tusch begrüßt. Allseitig wünschte man den Eltern, daß sich auch der weitere Lebenslauf ihres Sprößlings so glücklich gestalten, wie sein erstes Debüt auf der Erdenbühne. Das unverhoffte, freudige Ereignis hatte natürlich einer raschen Abreise des Vaters zur Folge. Mutter und Kind befinden sich verhältnismäßig wohl, werden aber, da ihre Ueberbedelung in ihr eigenes Heim vorläufig unthunlich erscheint, zunächst noch einige Zeit in der Wohnung des Gastgebers verbleiben. — Im Untersuchungsgefängnis erkrankt hat sich der Damenschneider Karl Groth, welcher kürzlich wegen Sittlichkeitsverbrechens zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde. — In Japan besteht bereits eine „Gesellschaft für Civil-Technologie“, die jetzt 2000 Mitglieder zählt; sie ist der entsprechenden Gesellschaft in England nachgebildet. — Das zwischen der Maas und der Durthe sich ausdehnende Condroz (Belgien) wimmelt von Klauen, die in ganzen Scharen eindringen und großen Schaden anrichten. — In geringer Entfernung vom Hafen von Sidney wurde, wie die Frankfurter Zeitung berichtet, eine Ariejane an Land geschwemmt, die wahrscheinlich aus Europa dorthin verschlagen ist. Sie trug an einem Bein ein Hirschhorn, das den Stempel: 1898 A 617 trägt.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Am 14. Januar fand im „Völkergarten“ wiederum ein **Konfektionsarbeiter-Versammlung** statt. Auf der Tagesordnung stand: Welche Vorteile haben für uns feste Lohnarbeiter? Kollege Koch geht ein auf die Bedeutung derselben für Arbeiter und Unternehmer und konstatiert, daß eine stetige Firma angesichts der Lohnbewegung der Konfektionsarbeiter schon auf einige Stille Lohnzulagen gegeben habe. Indem er referiert heraus, daß die Unternehmer wohl im Stande sind, höhere Löhne zu zahlen, ermahnt aber die Arbeiter, sich nicht dadurch begehren zu lassen und von der Bewegung abzuspringen, da die Konfektionsarbeiter damit nur die Arbeiter fangen wollen, daß sie keine Lohnforderungen stellen sollen. Redner verliest sodann die von uns bereits bekannt gegebenen Forderungen und befaßt dieselben kurz. Die Bewegung der Konfektionsarbeiter ist hier besonders dadurch günstig, weil hier keine große Auswahl vorhanden und auch kein Bezug zu erwarten ist. Zu der sich hieran anschließenden Diskussion wurde den Forderungen zugestimmt. Auch wurden die in einigen hiesigen Werkstätten gezahlten niedrigen Löhne besprochen und unter anderem mitgeteilt, daß der Inhaber einer Werkstätte eine Knopflochmaschine eingestellt hat, wofür jedem Arbeiter 2/3 Pfennig für das Knopfloch abgezogen werden soll. Dies alles in Erwägung gezogen, haben die Arbeiter und Arbeiterinnen alle Ursache, sich zu organisieren, um ihren Forderungen Vorsehung zu verschaffen, und die Aussprache hat bewiesen, daß sich in den Reihen der Konfektionsarbeiter eine große Mißstimmung gegen die jetzt überwundenen Zustände herausgebildet hat und daß dieselben gewillt sind, ihre Forderungen mit aller Energie durchzusetzen. Nachdem noch beschlossen, am Sonntag, den 22. d. M. wieder eine Versammlung abzuhalten, erfolgte Schluß der Versammlung. —

Sonntags, 21. Januar:

Central-Krankenkasse der Buchbinder. Jeden Sonntag zahlend im „Steinernen Tisch“. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Filiale Sondersburg. Jeden Sonntag abends 8 1/2 Uhr zahlend in der Herbst-Werkhalle. Verein Deutscher Schuhmacher (Bahlstelle Reustadt). Versammlung abends 8 1/2 Uhr im Restaurant zur Gemüthlichkeit, Schmidstr. 58.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Filiale Wilhelmstadt. Versammlung im Lützenpark abends 8 1/2 Uhr. **Deutscher Holzarbeiter-Verband, Bahlstelle Döbenuß.** Jeden Sonntag abends nach dem 1. jeden Monats Mitglieder-Versammlung im „Frlng Heinrich“. **Gesangverein „Freundesbund“, Döbenuß.** Jeden Sonntag abends 8 Uhr zahlend bei W. Döbenuß. **Fernerkleben.** Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. Jeden Sonntag abends 8 1/2 Uhr zahlend und Aufnahme neuer Mitglieder im Lokale der Witwe Kausch. **Männer-Turnverein Lützenpark.** Jeden Mittwoch und Sonntag abends von 8-10 Uhr Übungsstunde. **Männer-Turnverein Döbenuß.** Jeden Mittwoch und Sonntag abends 8 Uhr, Turnstunde im „Weissen Hirsch“.

Auskunft für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall und Kranken-Versicherungswesen. Centralherberge, Kleine Klosterstraße 15-16. Zweifelhafte 9-11 Uhr vormittags; 3 1/2-7 1/2 Uhr nachmittags. Unentgeltliche Auskunft für alle Arbeiter und Arbeiterinnen. Kostenlose Arbeitsvermittlung.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Anstret und Saale.		Saale und Elbe	
Ort	Stand	Ort	Stand
Straßfurt	19. Jan. + 3.10	19. Jan.	+ 3.05
Erfurt	„ + 3.20	„	+ 3.74
Mühlhausen	„ + 3.35	„	+ 3.60
Verdenburg	„ + 1.91	„	+ 2.96
Salze, Oberpegel	„ + 2.00	„	+ 2.18
do. Unterpeg.	„ + 2.00	„	+ 2.70
Mulde.			
Dessau	19. Jan. + 0.88	19. Jan.	+ 1.31
Muldebrücke	„	„	„
Iser, Eger, Moldau.			
Jungbunzlau	17. Jan. + 0.26	18. Jan.	+ 0.54
Lauter	„ + 1.97	„	+ 2.53
Budweis	„ + 0.44	„	+ 0.50
Prag	„ + 0.73	„	+ 1.14
Elbe.			
Paradiß	17. Jan. + 0.75	18. Jan.	+ 1.43
Brandeis	„ + 0.73	„	+ 1.35
Melk	„ + 0.55	„	+ 0.80
Leitmeritz	„ + 0.42	„	+ 0.90
Mühlh.	18. „ + 1.38	19. „	+ 1.51
Dresden	„ + 0.01	„	+ 0.38
Torgau	„ + 1.91	„	+ 2.30
Wittenberg	„ + 2.11	„	+ 2.69
Moskau	„ + 1.21	„	+ 1.95
Barby	„ + 1.80	„	+ 2.50
Schneeberg	„ + 1.67	„	+ 2.14
Magdeburg	19. Jan. + 2.10	20. „	+ 2.70
Zauggenbrände	14. „ + 2.16	10. „	+ 2.31
Wittenberge	„ + 1.56	„	+ 1.85
Döbenuß, Pegel	„ + 1.08	„	+ 1.16
Lauenburg	„ + 1.32	„	+ 1.39
Saale.			
Brandenburg	17. Jan. + 2.18	18. Jan.	+ 2.18
do. Unterpegel	„ + 1.75	„	+ 1.77
Warthe.			
Posen	17. Jan. + 1.58	18. Jan.	+ 1.80
Klein	16. „ + 0.71	17. „	+ 0.90
Weichsel.			
Ehorn	15. Jan. — 0.50	16. Jan.	— 1.06
Nege.			
Uch	15. Jan. + 1.16	16. Jan.	+ 1.27
Bode bei Quedlinburg. 18. Januar. 1.46 Meter.			

Selten günstige Gelegenheit!

Um vor der Inventur mit den von der Saison übergebliebenen Sachen, wie:

Kleiderstoffe, Trikotasen und Jagdwesten, Wintermäntel und Joppen, Käuserstoffe und Teppiche Herren- und Knaben-Mägen etc.

zu räumen, habe ich die Preise **bedeutend herabgesetzt** und gelangen mit den vorhandenen

Resten

welche außerordentlich billig ausgezeichnet sind, bis Ende Januar zum Verkauf.

Alte Neustadt, Moldenstr. 36 Franz Burger Alte Neustadt, Moldenstr. 36

Reste sind in einem Schaufenster ausgelegt.

Roeder & Drabandt

Seder-Handlung

3479

Magdeburg, Himmelreichstraße u. Jakobsstr. 25

Buckau, Schönebeckerstraße 48

erbitten bei Bedarf Ihren werten Besuch.

Standesamt.

Magdeburg, 19. Januar.
Aufgebote: Schneidergeselle August Leub mit Sophie Erichs hier. Klempner Heinrich Raul mit Martha Schumann hier. Registrator Karl Mich. Kulite mit Johanneas Wiedrich, 52 J. 8 M. 21 J. Friedrich, S. des Maurers Heinrich Unglaube, 3 J. 19 J. Unben. T., unehelich, 1 J. Karl Maurer Friedrich Karl Emil Bannier in E. des Schlossers Gustav Wilde, 23 J. Unben. T., unehelich, 1 J. 9 M. 11 J. Emma, T. des Arbeiters Heinrich Knode, 12 J. 9 M. 2 J.
Eheschließungen: Kaufm. Georg Key in Berlin mit Elisabeth Richter hier. Adv. August Piz in Neustadt mit Anna Dein hier.
Geburten: Elisabeth, T. des Handelsgärtners Rudolf Mangelsdorf. Felicitas, T. des Kaufmanns Salomon Felschütz.

Geburten: Arthur, S. des Schlossers Wilhelm Drangsfeld. Todesfälle: Agnes, T. des Schloss. Adolf Dur, 5 J. 3 M. 14 J. Martha, T. des Bahnarbeiters Rud. Koch, 20 J.
Duckau, 19. Januar.
Aufgebote: Schneider Otto Adolf Steppuhn mit Marie Anna Wolffsclämpf. Eheschließung: Schlosser Paul Siegel mit Anna Volke hier.
Geburten: Erna, T. des Wadensstr. Heinrich Eig. Frieda, T. des Lehrers Max Glove. Theodor, unehelich, Kurt, S. des Schuhmanns Karl Reiberger.
Todesfälle: Elsa, T. des Formers Albert Schröder, 13 J. 1 M. 8 J. Marie, geb. Koch, Ehefrau des Rentiers August Reichardt, 57 J. 6 M. 28 J.
Vom 19. Januar.
Geburten: Frieda, unehel. Erna, T. des Porzellanbrenners Hermann Bode. Emmy, T. des Dreher August Eifert.
Todesfälle: Karl, S. des Arbeiters Max Poltschke, 2 J. 3 M. 25 J. Willy, S. des Zimmermanns Karl Pils, 6 M. 13 J. Toni, T. des Schlossers Richard Härtel, 1 J. 10 M. 22 J. Emilie, geb. Bernstedt, Witwe des Tischlers Christ. Jabel, 49 J. 8 M. 18 J.
Neustadt, 19. Januar.
Aufgebote: Comptoirist Friedrich Wilhelm Karl Schröder mit Anna Ida Hedwig Sören, geb. Schöpfer. Kupfer- Schmied Adolf Gustav Louis Appel mit Emma Luise Schulze.

Geburten: Lucie, T. des Fabrikarb. Max Soira. Walter, S. des Klempners Friedrich Wegener. Elly, T. des Buchhalters Emil Weber. Martha, T. des Arbeiters Karl Müller. Willy, S. des Kupferschmieds Otto Bode. Margarete, T. des Malchinemeisters August Schmidt. Elsa, T. des Weißgerbers Paul Kuttig.
Todesfälle: Erich Walter Alwin, unehel. 6 M. 6 J.
Neustadtenseben.
Geburten: 14. Januar: Tischlergeselle C. Bape ein Sohn. 15. Januar: Hütcher F. Dondick ein Sohn. 15. Jan.: Arbeiter H. Eggert eine Tochter.
Todesfälle: 15. Januar: Schuhmachermeister W. Stubbe, 69 J. 10 M. 14 J.
Altshaldenseben.
Aufgebote: 1. Januar: Vice-Wachmeister Karl Laebel in Magdeburg mit Marie Gehmann hier. 1. Jan.: Gärtner Friedrich Ludwig Wilhelm Plate zu Hohenwulch mit Anna Niede hier. 12. Januar: Katastrophengehilfe Max Herrmann in Neustadtenseben mit Emma Martin hier.
Geburten: 1. Januar: Dreher Karl Friedrichs eine Tochter. 2. Januar: Fabrikarbeiter Anton Kowal eine Tochter. 5. Januar: Fabrikarbeiter Otto Hartwich ein Sohn. 8. Januar: Arbeiter Sandmann eine Tochter. 9. Januar: Dreher Emil Gichter ein Sohn.
Todesfälle: 11. Januar: Witwe Dorothee Bauer geb. Jabel, 72 J. 8 M. 8 J. 13. Januar: Ehefrau Elisabeth Wickers geb. Schraermeyer, 50 J. 8 M.

Schenswürdigkeiten.

Stadt-Bibliothek: An den Wochentagen geöffnet von 10-11 1/2 Uhr.
Museum: Unentgeltlich geöffnet am Sonntag von 11-2, desgl. an den Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) vormittags von 11-3 Uhr. Am Montag (Reinigungstag) zu der gleichen Zeit 50 Pf.
Gewächshäuser im Friedrich Wilhelm's Garten: Geöffnet von morgens 9 Uhr bis nachmittags bis zum Eintritt der Dunkelheit. Eintritt Montags 1 Mark, an den übrigen Tagen 30 Pf. Schulpflichtige Kinder 20 Pf. Unentgeltlich geöffnet: Mittwoch von 10 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm. An Sonntagen geöffnet von vormittags 9 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit. In jedem 1. Sonntag im Monat ist der Eintritt frei, sonst vormittags 30 Pf., nachmittags 10 Pf.
Der Dom unentgeltlich geöffnet fortwährend stets in der Zeit zwischen dem Mittagsgottesdienst der Civil- und Militärgemeinde. Zu allen anderen Zeiten Abendung beim Kaiser, Gebirge 50 Pf.
Pavorama Magdeburg, Kaiser Wilhelm-Platz.

Geächtet.

Nachdruck verboten.

Roman von Ferdinand Hermann.

An der Behauptung zu zweifeln, lag keine Veranlassung vor, denn Müncheberg hatte, wenn die Quittung von ihm dem Comptoirdiener zum Entlasten übergeben worden war, wahrlich keine Veranlassung, diese Thatsache in Abrede zu stellen. Man stand hier plötzlich vor einer Verwicklung, die für Sebald eine bedenkliche Wendung zu nehmen versprach, und mit gesteigerter Spannung wartete man auf seine Klärung. Gerade heute aber verzögerte sich dieselbe ungewöhnlich lange, und da somit der Verdacht eines Klücherversuchs immer mehr in den Vordergrund trat, entfernte sich der Kriminalbeamte, um die geeigneten Anordnungen zu treffen. Zwei Sekunden später beachte man den unglücklichen Comptoirdiener totschlecht und mit schlotternden Knien in das Bureau. Er war in seiner Wohnung verhaftet worden und hatte auf Befragen, was er während der Geschäftsstunden dort zu thun habe, nur antworten können, daß er von einem plötzlichen Unwohlsein befallen worden sei und daß er sich in seine nahe gelegene Wohnung begeben habe, um sich dort zu erholen. Davon glaubte man ihm natürlich kein Wort, denn wenn er auch klein und angegriffen genug aussah, so erklärte sich das doch hinreichend aus dem begreiflichen Schrecken über die schnelle Entdeckung und aus der Angst vor den Folgen derselben. Die Beharrlichkeit und Entschlossenheit, mit welcher er die schmähliche Beschuldigung des Diebstahls von sich wies, stimmten den Kriminalkommissar, der jetzt die Untersuchung in die Hand genommen hatte, keineswegs günstig, und er sagte ihm in ziemlich rücksichtsloser Weise das Verbrechen auf den Kopf zu. Ziel es doch überdies noch besonders erschwerend gegen ihn in's Gewicht, daß er von dem Vorhandensein jener rätselhaften Quittung durchaus nichts wissen wollte, und daß er steif und fest behauptete: wenn dieselbe in seinem Pult gefunden worden sei, so sei sie von einem anderen dort versteckt worden. Die Einrede erschien geradezu lächerlich, da sehr rasch festgestellt werden konnte, daß nur ein einziger Schlüssel zu jenem Pulte vorhanden sei und daß derselbe von Sebald seit Jahren nicht mehr aus der Hand gegeben worden. Obwohl eine polizeiliche Durchsuchung seiner Wohnung resultatlos verlief, waren doch die Verdachtsmomente gegen den Comptoirdiener wichtig genug, um seine Abführung in die Untersuchungskast zu beschleunigen. Daß er sich dabei wie ein Unschuldiger geberdete, auf seine unbefleckte Vergangenheit hinwies und zuerst bittend, dann aber mit verzweifelter Drohung von Ludwig Rehlisen eine Ehrenerklärung verlangte, machte zwar den einen oder den anderen von Rehlisen's Angestellten in dem Glauben an seine Schuld wankend, galt aber dem Kriminalkommissar nur für eine der gewöhnlichen Epithuben-Komödien, die ihn nur noch rauher und barscher mit dem Arrestanten verfahren ließ. Und die scheinbaren Beweise für seine Schuld mehrten sich von Tag zu Tag.

Ein Geschäftsfreund der Firma, dem man eine Rechnung zuschickte, erklärte ziemlich gereizt, daß er seine Schuld längst bezahlt habe und produzierte zum Beweise dessen eine Quittung, die in der Handschrift und in der Art der Abfassung vollständig mit jener übereinstimmte, welche man in Sebald's Pult gefunden. Auch hier war augenscheinlich der Versuch gemacht, die Züge Münchebergs nachzuahmen, auch hier mußte es sich um eine grobe Fälschung handeln, in der der Buchhalter auf das nachdrücklichste bestritt, das Papier ausgefertigt oder den darauf verzeichneten Betrag von Sebald empfangen zu haben.

Der Comptoirdiener stellte dieser Behauptung die Erklärung entgegen, nur auf die Weisung Münchebergs gehandelt und diesem das Geld abgeliefert zu haben. Auf weissen Seite die Glaubwürdigkeit sei, schien nur so weniger zweifelhaft, als verschiedene Schriftproben, welche Sebald mit der linken Hand ablegen mußte, nach dem Urteil der vereidigten Schreibfachverständigen sehr wohl den Schluß zuließen, daß die Fälschungen von ihm ausgeführt worden seien. Im Laufe der nächsten Wochen wurde noch eine ganze Reihe von ähnlichen Quittungen unter denselben Neben Umständen zu tage gefördert, und als endlich die Voruntersuchung gegen Sebald geschlossen worden war, da richtete die Anklage des Staatsanwalts gegen ihn auf einfachen Diebstahl, auf Urkundenfälschung und Unterschlagung im wiederholten Rückfalle. Es war kein anderer da, auf den auch nur die leiseste Vermutung einer Schuld hätte fallen können, und so den Ausgang der Verhandlung bestand bei seinem Eingeweihten irgend welcher Zweifel. Und dennoch schien sich an dem entscheidenden Tage das Jünglein der Wage ein wenig zu Gunsten des Unglücklichen neigen zu wollen. Seine tiefgebeugte, kummervolle Haltung, sein ehrliches, von körperlichen und seelischen Leiden durchfurchtes Aussehen, und die ernste, würdevolle Fassung, mit welcher er seine Unschuld beteuerte, machten von vornherein einen günstigen Eindruck auf die Richter, und aus den Fragen, welcher der Präsident an die Zeugen richtete, war unschwer zu entnehmen, daß er durchaus nicht zum Nachteil des Angeklagten vorgekommen war. Von der größten Wichtigkeit war natürlich neben der Aussage des Kassierers, der in allen Stücken bei seinen ersten Depositionen stehen blieb, diejenige des Hauptbelastungszeugen, des Buchhalters Müncheberg. In sehr eindringlicher Rede wies ihn der Präsident auf die schwere Verantwortlichkeit hin, die er mit dem Eide übernehme; er machte ihn darauf aufmerksam, es ihm freistehende, sein Zeugnis zu verweigern, wenn er fürchten müsse, durch dasselbe sich selbst irgendwie zu bestrafen, und schritt erst dann zu seiner Vernehmung, als der

junge Mann mit der Miene beleidigter Unschuld die letztere Möglichkeit weit von sich abgewiesen hatte. Mit voller Klarheit und Bestimmtheit machte er seine Angaben, die denjenigen des Angeklagten gerade entgegengesetzt waren, und als ihn jener mit bebender Stimme und mit gen Himmel erhobenen Händen einen Blüger und einen Meineidigen nannte, bat er mit lächelndem Munde die Richter, ihn vor den Beleidigungen des Angeklagten zu schützen. Trotz dieser Sicherheit aber vermochte er durch sein Auftreten keine vortheilhafte Wirkung hervorzubringen. Es lag etwas Verechnetes und Einstudiertes in seinem Benehmen, das notwendig peinlich berühren mußte, und trotz seiner offensbaren Vorsicht war sein Zeugnis nicht ohne einige Widersprüche, die er nur mit schlechtem Erfolg als die Konsequenz einer augenblicklichen Verwirrung zu entschuldigen suchte, von der man sonst nicht die geringsten Anzeichen an ihm wahrnahm.

Wenn man seinen Worten Glauben schenkte, war der Angeklagte unbedingt verloren, denn der Urheber jener raffinierten Fälschungen mußte auch der Urheber jenes Diebstahls sein, der den ersten Anstoß zur Entdeckung gegeben hatte. Aber wenn schon das persönliche Auftreten Münchebergs nicht gerade den besten Eindruck hinterlassen hatte, schienen die Aussagen der übrigen Angestellten der Firma noch schwerer für Sebald in die Waagschale fallen zu sollen. Alle gaben ihm das Zeugnis eines rechtschaffenen Mannes, der schon viel gefährlicheren Versuchen bestanden hatte, ohne zu straucheln, und den niemand eines so gemeinen Verbrechens fähig hielt. Der Verteidiger, der die Sache seines Klienten bereits aufgegeben hatte, begann erleichtert aufzuatmen und sah mit großer Zuversicht den Aussagen Ludwig Rehlisen entgegen, der als der letzte der Entlastungszeugen vernommen werden sollte.

(Fortsetzung folgt.)

Gesundheitspflege.

Unter Genehmigung der Schuldeputation hatte der berühmte Augenarzt Herr. Cohn im vorigen Sommer an allen Volks- und höheren Schulen Breslaus die Seheleistungen der Schüler geprüft. 766 Lehrer haben 52159 Schüler untersucht und somit ein Material angehäuft, wie es bisher noch nicht vorhanden war. Im Jahre 1865 hatte Cohn schon 10000 Kinder Breslaus untersucht und gefunden, daß Zahl und Grad der Sturzblindheit von den niederen zu den höheren Schulkategorien zunehmen; ebenso von den unteren zu den oberen Klassen der Schulen. Später merkte Professor Cohn, daß die Ergebnisse der Untersuchungen im Freien ganz anders als in der Schulstube sind, und so ließ er bei den Untersuchungen im vorigen Jahre, an denen 93 Prozent der Volksschulen, 87 Prozent der höheren und 49 Prozent der Privatschulen beteiligt waren, bei hellem Sonnenschein 76 Klassen, bei bedecktem Himmel 40 und bei wechselndem Himmel 20 Klassen einer Prüfung unterziehen. Auffallend war, daß sich auch bei einer Trübung des Himmels keine beachtenswerte Abschwächung der Seheleistungen feststellen ließ; bei doppelter Sehweite sahen bei bedecktem Himmel 38 Prozent, bei heiterem Himmel 37 Prozent gleich gut. 5426 Schüler konnten den vorgehaltenen Buchstaben auf 6 Meter Entfernung nicht sehen. 3,5 Prozent der Schüler war im Stande, den Buchstaben auf 18 Meter zu erkennen. Die größte Entfernung betrug 27 Meter (in Egypten 48 Meter). Entfernung von 12,1 Meter war die durchschnittliche Sehweite im Freien. Es zeigte sich, daß die Augen unserer Kinder nicht schwächer als die der Wilden sind. In den letzten 33 Jahren sind die schlechtesten Seheleistungen von 19 auf 18 Proz. gesunken. Vor 33 Jahren waren 25 Kinder augenkrank, im vorigen Jahre nur 3. Die Augenkrankheiten haben also unter den Schulkindern abgenommen. Im Alter von 17 und 18 Jahren wurden die meisten Kurzsichtigen festgestellt. Als praktisches Ergebnis der Untersuchungen ist anzuführen, daß sich die Kurzsichtigen sofort von Ärzten prüfen lassen. An die Sehkraft der Soldaten wird man daher auch höhere Anforderungen stellen können. Professor Cohn hofft, daß sich nach 30 bis 40 Jahren jede nicht angeborene Kurzsichtigkeit verloren haben werde.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Die Proben zu der „überhaupt ersten“ Aufführung des „Bärenhäuter“ von Siegfried Wagner in München leitet nicht der Regisseur, auch nicht der anwesende Komponist, sondern — dessen Frau Mama. —

Der Botaniker und Egyptologe Franz Woenig ist im 47. Lebensjahre in Leipzig gestorben. Einige seiner Arbeiten sind auch in Reklams Universalbibliothek erschienen. —

Der Frankfurter Zeitung wird geschrieben: Der Fürstlich Leiningensche Bibliothekar Dr. Krebs hat den Urtext des Thüringer Volksliedes „Ach! wie ist's möglich dann“ gefunden, und zwar in einer Liederhandschrift der Straßburger Universitätsbibliothek. Diese Handschrift trägt den Titel: Weltliche Lieder, nach Belieben in dem Register aufzusuchen, 1769.“ Abweichend von dem jetzt gesungenen Text lautet die erste Strophe in dem Urtext:

„Wie ist's möglich denn,
daß ich dich lassen kann!
hab dich von Herzen lieb,
das glaub' du mir.“
Du hast das herze mein
so sehr genommen ein,
daß ich kein andern
mehr lieben kann so sehr.“

Der 17. Kongress für innere Medizin findet vom 11. bis 14. April 1899 in Karlsbad statt. —

Die geplante deutsche Südpolarexpedition gelangte in Berlin am Montag abend in einer gemeinsamen Sitzung der Gesellschaft für Erdkunde und der Abteilung Berlin-Charlottenburg der Deutschen Kolonialgesellschaft zur Erörterung. Bekanntlich hat sich vor längerer Zeit eine deutsche Südpolar-Kommission konstituiert. Die Arbeiten dieser Kommission sind nunmehr aus dem Stadium der Verhandlungen bereits hinausgekommen, und man ist eifrig am Werke, die Expedition auszurüsten und sie reisefertig zu machen. Zum Führer dieser Unternehmung ist Dr. Erich von Drygalski bestimmt, der sich auf seinen Expeditionen durch Grönland als ein sehr scharfer Beobachter und als ein Polarforscher ersten Ranges erwies. —

Abermals ist ein neues Element entdeckt worden. Schon seit einiger Zeit ist es bekannt, daß das Metall Uran und seine Salze die bemerkenswerte Eigenschaft besitzen, Strahlen auszusenden, die die Luft für Elektrizität leitend machen und auf photographische Platten wirken. Schon vor einer Reihe von Monaten nun ist es Herrn und Frau Curie in Paris gelungen, aus der Bechblende anscheinend ein neues Element abzusondern, das sie Polonium nannten. In seinen chemischen Eigenschaften gleicht es dem Bismut, unterscheidet sich aber von diesem Metall durch seine Fähigkeit, Strahlen wie das Uran, aber von viel größerer Kraft, auszusenden. Das Ehepaar Curie hat diese Forschungen in Verbindung mit Herrn Bémont fortgesetzt, und man ist dabei auf einen zweiten, in der Bechblende enthaltenen Körper gestoßen, der die gleiche Fähigkeit in sehr hohem Maße besitzt, aber durch seine chemischen Eigenschaften sich von dem Polonium unterscheidet. In seinem chemischen Verhalten gleicht er dem Barium, und wahrscheinlich besteht er auch zum großen Teil aus diesem Metall. Aber das Barium und seine Salze sind nicht „radio-aktiv“, d. h. besitzen nicht die Fähigkeit, Strahlen der bezeichneten Art auszusenden. Die Entdecker des neuen Stoffes nehmen daher an, daß er ein bisher unbekanntes, in seinen chemischen Eigenschaften dem Barium nahestehendes Element enthalte, und sie stützen diese Annahme auch durch die Thatsache, daß die von Herrn Demarcay ausgeführte Spektraluntersuchung die Auffindung einer neuen Linie ergeben hat, die keinem bekannten Element angehört. Der neue Grundstoff soll den Namen R a d i u m führen. —

Weiteres.

Die Dame mit dem guten Herzen. Dame (zu einem Jungen, der ein Vogelnest ausgenommen): „Wai, Du abscheulicher Junge! Schämst Du Dich nicht? Denkst Du denn gar nicht an den Schmerz der armen Mutter?“ — Junge: „Die hat keinen Schmerz — die sitzt ja ganz ruhig auf Ihrem Hut droben!“ (Zugend.)

Stolz. Kriminalanthropologe: „Ist es wahr, daß Ihre Vorfahren seit mehreren Generationen Verbrecher gewesen sind?“ Zuchthausler: „Ja, das ist richtig; unser Stammbaum reicht bis in die Steinzeit zurück.“ —

Uffgeklärd.

Ob ich dich liebe — Frach nich dä Karden —
Frach nich dä Schdärne: Schdchd ja nischd drin;
Die ham kee Ohr nich, Frach nich dä Knäbbe —
Ham kee Gehärne! 's had keenen Sinn.

Ham keenen Mund nich — Frach nich dä Blüchmen —
Wie soll'n sä red'n? Blüch'n ärschd im Mai —
Das sin vor Fayen Frach nich doch sälwer:
Bun dä Voeh'd'n! Ich saach därschd glei!! —
(Luft Bl.)

„Aha!“ und „Haha!“ Die Berliner Volkszeitung schreibt: Die ebenso kurze wie vieldeutige Inschrift des Abgeordnetenhauses A. H. giebt dem Hamburger Fremdenblatt Gelegenheit, an einen hübschen Zwischenfall aus der Kampfeszeit des preussischen Abgeordnetenhauses zu erinnern. Das preussische Abgeordnetenhaus wählte in der ereignisreichen Session 1862 zum Vicepräsidenten den Deputationsmann Behrend. Nun veröffentlicht Ludolf Parisius in seinem Hoberbeck-Werke folgende Episode aus einem Briefe an Hoberbeck:

„Bei Hof ist unser Sieg nicht sehr angenehm aufgefallen. Behrend war natürlich als Vicepräsident zum Hof-Concert eingeladen und hatte mit dem König folgendes interessante Gespräch. Er wird Sr. Majestät vorgestellt als der Abg. Behrend.

König: Der Vicepräsident?
Zu Befehl, Euer Majestät.
König: Aha!
Behrend steht insolge dessen in Gefahr, bei uns Aha getauft zu werden.“

Das Abgeordnetenhaus wird dieser Gefahr nicht entgehen. Der Berliner Wig wird schon dafür sorgen. Besonders schön wird sich später die Symmetrie zwischen Abgeordnetenhauses und Herrenhaus darstellen, wenn erst der Neubau des Herrenhauses in der Leipzigerstraße in unmittelbarem Anschluß an das Abgeordnetenhaus fertig ist. Natürlich wird dann das Herrenhaus entsprechend dem A H der „zweiter“ Kammer die Inschrift H H tragen. Aha und Haha! Wenn nur die Aussprache dieser Monogramme nicht auch als revolutionär angesehen wird! So ganz undenkbar ist das keineswegs. —